

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung
Heft 25

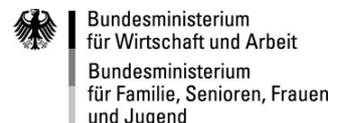
Gudrun Heinrich (Hg.)

Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus

Mit Beiträgen von

Lothar Probst
Gudrun Heinrich
Michael Flenker
Dierk Borstel
Mathias Rautenberg

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2005



Publikation gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

HERAUSGEBER: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jakob Rösel
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE: Arne Lehmann

CIP-KURZTITELAUFNahme: Gudrun Heinrich:
Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Mit Beiträgen von Lothar Probst, Gudrun Heinrich, Michael Flenker, Dierk Borstel und Mathias Rautenberg. – Rostock: Univ., Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften, 2005 – 66 S. – (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 25)

ISSN

©

Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock.
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock

Universität Rostock
Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften
18051 Rostock

Tel. (0381) 498 44 44 Fax (0381) 498 44 45

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock

Inhalt

Gudrun Heinrich

Einleitung 7

Lothar Probst

Chancenstrukturen für bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland 11

Gudrun Heinrich

Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern – Ein Überblick..... 23

Michael Flenker

Lagedarstellung zum Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern..... 41

Dierk Borstel

**Rechtsextremismus im kommunalen Nahraum – Situation und Perspektiven
für die Gestaltung der Zivilgesellschaft 51**

Mathias Rautenberg

**Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern.
Ein Überblick..... 59**

Einleitung

Der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag 2004 und ihr Agieren im Parlament haben der Öffentlichkeit wieder einmal vor Augen geführt, dass ein kleiner Teil der bundesdeutschen Bevölkerung antidemokratisch und fremdenfeindlich eingestellt ist und diese Einstellungen auch in aggressiver Weise öffentlich zur Schau stellt.

Für diejenigen, die sich seit Jahren mit Fragen des Rechtsextremismus beschäftigen, ist das Auftreten der NPD nicht überraschend. Überraschend sind hingegen die panischen Reaktionen der Politik, die immer wieder nach schnellen Reaktionen statt nach Strategien langfristiger Auseinandersetzung und demokratischer Gegenwehr ruft.

Im Rahmen des XENOS Projektes „Vielfältige Arbeitswelt gegen Rechtsextremismus“ hatte das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften (IPV) an der Universität Rostock in den vergangenen drei Jahren die Möglichkeit, Fragen der Rechtsextremismusforschung und der politischen Bildung mit besonderem Nachdruck zu bearbeiten.

Aus den im Jahr 2004 und 2005 im Rahmen dieses Projektes in Rostock gehaltenen Vorträgen schöpft die hier vorliegende Publikation, die damit die inhaltliche Breite und Vielfalt zu dokumentieren versucht, die bei der Beschäftigung mit dem umfangreichen Feld des Rechtsextremismus, seinen Erscheinungsformen, Ursachen und möglicher Gegenmaßnahmen notwendig ist.

Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen wird immer wieder als Allheilmittel in der Prävention und Abwehr rechtsextremer Aktivitäten und Einstellungen propagiert. Gleichzeitig findet ein Diskurs über Erscheinungsformen und Wirkungsweisen dieser Zivilgesellschaft nur selten statt. Einig ist man sich jedoch häufig in der Beschreibung, nach der zivilgesellschaftliche Strukturen und bürgerschaftliches Engagement vor allem in den neuen Ländern schwach seien und damit eine Gegenwehr gegen rechtsextreme Umtriebe fehle. Dr. Lothar Probst, Geschäftsführer des Institutes für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen wirft in seinem Beitrag „Chancenstrukturen für bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland“¹ einen deutlich optimistischeren Blick auf die neuen Länder. Er setzt sich dabei mit dem Vorwurf auseinander, die neuen Länder wären durch eine Modernisierungsblockade

1 Vortrag gehalten am 10. Januar 2005 an der Universität Rostock.

in der Weiterentwicklung und Stärkung bürgerschaftlichen Engagements gehemmt und kommt zu dem Schluss, dass gerade die Bewältigung der Wende 1989 und der folgenden Umstrukturierungen eine hohe Leistungsfähigkeit und Flexibilität der Menschen in den neuen Ländern dokumentiert habe, die es für die Festigung bürgerschaftlichen Engagements zu stabilisieren gelte.

Mit dem Titel „Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern“ war die Abschlussagung des XENOS-Projektes im November 2004 überschrieben, deren Ziel es war, einen Blick auf die rechtsextremen Potenziale, ihre Strukturen und Ziele sowie auf den Stand der Prävention im Lande zu werfen. Die Beiträge von Dr. Gudrun Heinrich, Michael Flenker, Dierk Borstel und Mathias Rautenberg sind aus dieser Tagung hervorgegangen.

Gudrun Heinrich, Politikwissenschaftlerin und Koordinatorin des XENOS-Projektes am IPV, gibt in ihrem Beitrag einen Überblick über die Merkmale und Potenziale des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. Den Schwerpunkt bilden dabei die Strukturen rechtsextremer Organisationen und ihre seit neuester Zeit immer intensivere Vernetzung.

Michael Flenker, Referatsleiter in der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern, beschreibt die Lage im Jahr 2004 aus der Sicht des Verfassungsschutzes. Auch dieser Aufsatz zeigt, dass sich ein Strategiewechsel der rechtsextremen Szene vollzogen hat, die nun in bürgerlichem Gewande neue Klientele zu erschließen versucht.

Im ländlichen Raum bieten sich rechtsextremen Akteuren spezifische Voraussetzungen für die Verbreitung ihrer Ideen. Dierk Borstel, Dipl.-Politologe, Mitarbeiter am Zentrum Demokratisch Kultur in Berlin und Projektleiter des Verbundnetzes für Demokratie und Toleranz, setzt sich in seinem Beitrag mit den Gegebenheiten im ländlichen Raum auseinander, verweist auf Traditionen und politische Blockaden und entwickelt aus seinen Thesen zum „Rechtsextremismus im kommunalen Nahraum“ ein Plädoyer für eine Koppelung der „ökonomischen wie demokratischen Strukturentwicklung“. Durch seine Forderung, die Demokratiefrage zum Kernpunkt der Programme zu erheben und damit der Präventionsarbeit eine positive Richtung zu geben, bietet er eine hervorragende Überleitung zu den Ausführungen von Mathias Rautenberg über die Projekte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. Rautenberg, der durch seine Tätigkeit als Referent in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommerns Einblick in zahlreiche Projekte hat, die die Frage von Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung in den Mittelpunkt stellen, gibt einen Überblick über die Aktivitäten im Lande.

Die heterogenen Beiträge dieses Heftes vereint das klare Plädoyer für eine Fokussierung der Präventionsarbeit auf den Aspekt der Demokratie und Demokratieentwicklung. Hier sollten

die künftigen Ansätze der Präventionsarbeit und politischen Bildung ihren Schwerpunkt haben.

Mit der vorliegenden Publikation endet die Reihe der Veröffentlichungen des XENOS-Projektes der Universität Rostock.² Das Projekt wurde vom 1.3.2002 bis 28.2.2005 aus Mitteln des bundesweiten XENOS-Programmes gefördert. In dieser Zeit unternahm das IPV den Versuch, über die Grenzen der Universität hinaus die Beschäftigung mit Rechtsextremismus und die Prävention im Lande zu fördern. An dieser Stelle sei den Geldgebern des XENOS-Programmes ebenso gedankt wie dem Bildungsministerium MV, das die Kofinanzierung übernahm.

Im Laufe der drei Jahre waren mit großem Engagement am Erfolg des Projektes beteiligt: Doreen Storbeck, Britta Saß, Daniel Lichy, Sandro Geister und Arne Lehmann. Ihnen allen unser Dank – vor allem Arne Lehmann, der auch bei dieser Publikation mit wachsamem Auge Lektorat und Layout meisterte. Kirsten Hahn war über die gesamte Zeit eine wesentliche Stütze für das Projekt und hat geholfen manch organisatorische Klippe mit bewährtem Pragmatismus zu umschiffen.

Das Projekt gab uns die Chance, Referentinnen und Referenten für Vorträge und workshops an das Institut zu holen. Ihnen allen und vor allem den Autoren des hier vorliegenden Bandes unser herzlichster Dank für ihr Engagement und ihre Mitarbeit.

Prof. Dr. Nikolaus Werz, Projektleiter

Dr. Gudrun Heinrich, Projektkoordinatorin

2 Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hg.), Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 18, 2003; Gudrun Heinrich (Hg.), Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 19, 2004; Gudrun Heinrich (Hg.), Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 20, 2004.

Chancenstrukturen für bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland

Lothar Probst

1. Einleitung

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ hat seit einigen Jahren bei den politischen Parteien und im öffentlichen Diskurs Hochkonjunktur. Dabei bleibt allerdings meistens unklar, was unter Zivilgesellschaft genau verstanden wird. Auch die Sozialwissenschaften tun sich schwer damit, klar zu umreißen, was eine Zivilgesellschaft charakterisiert. Die inzwischen ausufernde Literatur zum Thema Zivilgesellschaft ist kaum noch überschaubar und umfasst ganz unterschiedliche theoretische Ansätze sowie sich zum Teil widersprechende empirische Ergebnisse.¹ Für eine grobe Skizzierung der Merkmale einer Zivilgesellschaft (häufig wird synonym auch der Begriff „Bürgergesellschaft“ benutzt) wird hier auf eine Beschreibung von Ralf Dahrendorf zurückgegriffen, ohne dass auf die verschiedenen anspruchsvollen theoretischen Konzepte von Zivilgesellschaft eingegangen wird.² Dahrendorf schreibt: „Die Bürgergesellschaft ist ein schöpferisches Chaos, eine Vielfalt von sich überlappenden Assoziationen, von denen jede ihren eigenen Existenzgrund, oft auch ihre Geschichte und ihre besonderen Formen der Mitgliedschaft hat. [...] Manche der Assoziationen [...] sind fließender und kurzlebiger als andere; manche sind eher geeignet, Zugehörigkeiten zu stiften als andere; aber alle schaffen Bindungschancen.“³ Dahrendorf hebt hier einerseits die Vielfältigkeit und das bunte Durcheinander von Organisationen, Initiativen, Vereinen und Gruppen hervor, die den Kern einer Zivilgesellschaft ausmachen, andererseits betont er besonders den Gedanken, dass diese vielfältigen Assoziationen gemeinschaftsstiftend sind, also Menschen miteinander verbinden. Das zweite wichtige Merkmal einer Bürgergesellschaft ist für Dahrendorf die „Autonomie der vielen Organisationen und Institutionen“⁴ – Autonomie verstanden als Unabhängigkeit vom politischen Machtzentrum, sprich dem Staat. Allerdings bedeutet diese Autonomie nicht, dass die Zivilgesellschaft ein Gegenprojekt zum Staat ist. Im Gegenteil: Sie ist auf vielfältige Art

1 Eine gute Übersicht in, Jeanette Schade: „Zivilgesellschaft“ – eine vielschichtige Debatte, in: INEF Report (2002) 59 (Institut für Entwicklung und Frieden der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg).

2 Eine umfassende Analyse der verschiedenen theoretischen Stränge findet sich bei Ansgar Klein, Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, Opladen 2001.

3 Ralf Dahrendorf, Freiheit und soziale Bindungen. Anmerkungen zur Struktur einer Argumentation, in: Krzysztof Michalski (Hg.), Die liberale Gesellschaft. Castelgandolfo-Gespräche 1992, Stuttgart 1992, S. 19.

4 Ders., Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992, S. 69.

und Weise auf die Unterstützung des Staates angewiesen, zum Beispiel durch die steuerliche Förderung des Stiftungswesens oder durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen und Anreize für das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Als drittes wichtiges Merkmal der Bürgergesellschaft nennt Dahrendorf schließlich die Herausbildung von „Bürgersinn“ bzw. Gemeinsinn in den vielfältigen Assoziationen der Zivilgesellschaft. Die Bürger verfolgen in den Vereinigungen der Zivilgesellschaft nicht einfach nur ihre am privaten Nutzen orientierten Interessen, sondern engagieren sich auf unterschiedlichsten Ebenen für das Gemeinwesen.

Geht man von dieser Minimaldefinition aus, stellt sich die Frage, warum der Begriff „Zivilgesellschaft“ seit Anfang der 1990er Jahre eine so steile Karriere hinter sich hat; denn Dahrendorfs Definition beschreibt ja im Grunde nichts anderes als die Grundzüge einer lebendigen demokratischen Gesellschaft, in der Bürger aktiv am politischen Geschehen teilnehmen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Tiefgreifende soziale und ökonomische Umbrüche im Zuge der Globalisierung, schwindendes Vertrauen in die Problemlösungskapazität politischer Institutionen, nachlassende Bindungsfähigkeiten von Parteien und gesellschaftlichen Großorganisationen, gewachsene Partizipationsansprüche mündiger Bürger sowie elementare Veränderungen der Sozialstruktur moderner Gesellschaften stellen den eingespielten Betrieb der parlamentarischen Demokratie vor neue Herausforderungen. Gesucht wird vor diesem Hintergrund gewissermaßen nach dem Zauberschlüssel, der einen Ausweg aus dem Dilemma des omnipotenten Zuständigkeitsstaates weist und das Beziehungsverhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Individuum neu ordnet.⁵

In einer solchen Situation besteht die Gefahr, dass an die Zivilgesellschaft von Seiten der staatlichen Politik Erwartungen herangetragen werden, die diese gar nicht erfüllen kann. Nicht selten soll nämlich das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern Funktionen übernehmen, die der Staat aus Kostengründen privatisieren will – ohne dass für diese Substitution die entsprechenden finanziellen Ressourcen oder aber die Infrastruktur bereitgestellt werden. Aber selbst wenn – wie bei den in den letzten Jahren aufgelegten Programmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt – Gelder in lokale und regionale Aktivitäten fließen, ist zu fragen, was die Zivilgesellschaft im Kontext bestimmter gesellschaftlicher Problemlagen leisten kann und was nicht. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich nicht mit Geld erkaufen und kann auch nicht von oben dekretiert werden. Nur dort, wo bürgerschaftliches Engagement in lokalen Zusammenhängen verwurzelt ist und von Akteuren vor Ort aktiv getragen wird, entstehen Qualität und Nachhaltigkeit. Umgekehrt gilt: Dort, wo lokales und regionales Engagement im Sinne von Qualität erfolgreich ist, verdient es die Unterstützung staatlicher Politik, um nach-

5 Vgl. Lothar Probst, Idee und Gestalt der Bürgergesellschaft, in: Rolf Kreibich/Christian Trapp (Hg.), Bürgergesellschaft. Floskel oder Programm, Baden-Baden 2002, S. 26-34.

haltig sein zu können. Es lässt sich vor diesem Hintergrund konstatieren, dass ein natürliches Spannungsverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft besteht. In dem folgenden Beitrag wird an späterer Stelle dieses Spannungsverhältnis wieder aufgegriffen, zunächst aber die Situation in Ostdeutschland in Bezug auf die Voraussetzungen bürgerschaftlichen Engagements genauer analysiert.

2. Die DDR im Fokus von Modernisierungstheorien

Wenn aus einer westdeutschen Perspektive über Zivilgesellschaft in Ostdeutschland geredet wird, dann spricht man in der Regel über den *Aufbau* der Zivilgesellschaft Ost. Die Aufbau-metapher signalisiert im besten Fall, dass Ostdeutschland ein Nachholbedarf in Sachen Zivilgesellschaft hat, nicht selten meint sie aber, dass Ostdeutschland im Grunde ein zivilgesellschaftliches Niemandsland ist, in dem u.a. rechtsradikale Schlägerbanden ungehindert agieren können und keiner etwas dagegen unternimmt. Ostdeutschland fehle es, so lautet häufig die Diagnose, an jenen Potenzialen eines bürgerschaftlichen Engagements und an jenen intermediären Organisationen, die das Lebenselixier einer funktionierenden Demokratie ausmachen. Folgt man dieser Logik, würde es sich anbieten, vor allem über die Schwierigkeiten und Barrieren des Aufbaus der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland zu reden. Ohne diese Schwierigkeiten, die es zweifelsohne gibt, zu ignorieren, wird hier gleichwohl der umgekehrte Weg eingeschlagen und vor allem über die Potenziale und Chancen der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland gesprochen.

Der Einschätzung über die defizitäre Zivilgesellschaft Ost liegt oft ein bestimmtes Verständnis davon zugrunde, was eine moderne zivilgesellschaftlich fundierte Gesellschaft auszeichnet. Gesellschaften gelten in sozialwissenschaftlichen Modernisierungstheorien als modern, wenn sie die wichtigsten sog. „objektiven“ Merkmale von Modernisierung aufweisen, also Urbanisierung, Rationalisierung von Denk- und Handlungsstrukturen, wirtschaftliche Effizienz, hoher technologischer Ressourceneinsatz und ausdifferenzierte gesellschaftliche Subsysteme. Auf der gesellschaftlichen Ebene gelten vor allem der Terrainverlust von Religion und traditionellen Deutungsmustern sowie die Zunahme von individuellen Handlungsoptionen als Merkmale von Modernität. Besonders auf diesen Bereich der „subjektiven Modernisierung“⁶ richtet sich in den fortgeschrittenen postindustriellen Gesellschaften das Interesse. Die Ausdifferenzierung sozialer Milieus, die Pluralisierung von Lebensstilen, die Entwick-

6 Stefan Hradil, Überholen ohne Einzuholen? Chancen subjektiver Modernisierung in Ostdeutschland, in: Raj Kollmorgen/Rolf Reißig/Johannes Weiß, (Hg.), Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen 1996, S. 55-81.

lung alternativer Lebensformen und neuer sozialer Bewegungen, expressive Selbstverwirklichungs- und Autonomieansprüche, ein neues Geschlechterverhältnis, die Abkehr von traditionellen Werten sowie die Hinwendung zu postnationalen und postmaterialistischen Werten charakterisieren demzufolge den Stand der Modernität einer Gesellschaft.

Gemessen an den Vorgaben dieses hier kurz skizzierten Modernisierungsmodells war die DDR traditional, geradezu unmodern. Es wird ihr deshalb oft ein grundlegendes Modernisierungsdefizit bescheinigt.⁷ Einerseits wird zwar konzidiert, dass die DDR als industrielle Gesellschaft partielle Formen der objektiven Modernisierung wie zum Beispiel Verstädterung, Mobilität durch Motorisierung und Qualifizierung oder die Entwicklung eines auf technisches Wissen ausgerichteten Bildungssystems hervorgebracht habe, andererseits müsse man aber insbesondere im Bereich der subjektiven Modernisierung geradezu von einem Modernisierungsrückstand ausgehen. Als Anzeichen dieses Modernisierungsrückstandes in Ostdeutschland gelten formales Pflichtdenken, Rückzugsmentalität, Privatismus, die Betonung von Familie, Gemeinschaftsdenken, traditionelle politische Orientierungen, Materialismus, Staatsgläubigkeit, Harmoniesucht und Konfliktunfähigkeit, häusliche Lebensstile und relativ homogene Lebensformen. Als „Therapie“ zur Überwindung des Modernisierungsrückstandes der Ostdeutschen erscheint aus dieser Perspektive eine „nachholende Modernisierung“⁸ unausweichlich.

Die Prämissen dieses Ansatzes sind jedoch problematisch, weil er den Besonderheiten der ostdeutschen Gesellschaft nicht gerecht wird und diese an Maßstäben misst, die nicht ohne weiteres auf die DDR anwendbar sind. In westlichen Modernisierungstheorien werden gerade die Potenziale subjektiver Modernisierung, die sich bereits in der DDR herausgebildet hatten, oft unterschätzt. Auch wenn im Hinblick auf einige der oben angeführten Merkmale sicherlich von einem Modernisierungsabstand zur alten Bundesrepublik auszugehen ist, war die DDR in Bezug auf die Entwicklung unterschiedlicher Soziokulturen durchaus nicht so homogen, wie vielfach unterstellt wird. Der im Zuge der sog. „technisch-wissenschaftlichen Revolution“ während der 1960er Jahre von der SED gestartete Versuch, einen politisch kontrollierten Prozess der ökonomischen Modernisierung in Gang zu setzen⁹, blieb zwar wirtschaftlich

7 Vgl. Wolfgang Zapf, Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Moderne, in: Bernd Giessen/Claus Leggewie (Hg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin 1991, S. 38-51; Raj Kollmorgen, Theoretische Aspekte postsozialistischer Transformationsprozesse, in: Richard Hauser/Thomas Olk, (Hg.), Soziale Sicherheit für alle? Opladen 1997, S. 11-41.

8 Stephan Hradil 1996 (Fußnote 6), S. 58.

9 Auf dem VI. Parteitag der SED (1963) verkündete die Parteiführung die Einführung eines Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) der Volkswirtschaft, mit dessen Hilfe Anschluss an die internationale Entwicklung auf dem Gebiet der Technik gesucht wurde und zugleich der DDR-Ökonomie neue Innovationspotenziale erschlossen werden sollten (vgl. hierzu u.a. Sigrid Meuschel, Symbiose von Technik und Gemeinschaft. Die Reformideologie der SED in den sechziger Jahren, in:

aufgrund der immer wieder erfolgten politischen Eingriffe von oben weitgehend folgenlos, hatte aber langfristig auf lebensweltliche Orientierungen in der DDR-Gesellschaft erhebliche Auswirkungen. Da sich das politische System als strukturell unfähig erwies, die im Prozess der „partiellen Modernisierung“¹⁰ geweckten Erwartungen nach mehr Individualität und Partizipation zu erfüllen, suchte das in diesem Prozess entstandene überschüssige Bewusstsein nach anderen Wegen der Entfaltung.¹¹ Besonders im privaten Bereich, in den gesellschaftlichen Nischen, in den Freundschaftsbeziehungen und persönlichen Netzwerken, aber auch in gesellschaftlichen Teilbereichen, nachgeordneten Institutionen, Kultur- und Literatureinrichtungen kam es nicht zuletzt aufgrund generativer Veränderungen zu einem „subjektiven“ Modernisierungsschub, der sich in einer Differenzierung und Pluralisierung von Lebensstilen, der Herausbildung neuer sozialer Milieus, einer Entideologisierung des Alltags und der Entwicklung von Sozialtechniken der Individualisierung gegenüber dem Absolutheitsanspruch von Staat und Partei ausdrückte.¹² Teile der jüngeren Generation entzogen sich in den späten 70er Jahren der intentionalen Beeinflussung durch die staatlichen Sozialisationsagenturen und suchten in städtischen Subkulturen nach neuen Lebensformen. Dabei war der Wunsch, das enge Korsett der politisch regulierten Lebensplanung zu verlassen und eigene expressive Lebensformen auszuprobieren, ein zentrales Handlungsmotiv jüngerer Menschen. Zugleich entwickelte sich im Bereich der DDR-Literatur und insbesondere im Umfeld der evangelischen Kirche ein zivilisationskritischer Diskurs, der viele Parallelitäten zu entsprechenden Entwicklungen in westlichen Industriegesellschaften aufwies.¹³ Unter dem Schutz der Kirche formierten sich Friedens- und Ökologiegruppen, in denen gesellschaftliche und politische Problemlagen bearbeitet wurden, für die es in der DDR-Gesellschaft ansonsten keinen Ort der öffentlichen Diskussion gab. In diesem Milieu politischer Wertegemeinschaften entstanden auch die Infrastruktur und die Kommunikationskanäle, die 1989 aktiviert werden konnten und ganz maßgeblich zur schnellen Ausbreitung der Bürgerbewegungen in der ganzen DDR beigetragen haben. Insofern wäre ohne die Entwicklung dieser subjektiven Modernitätspotenziale weder die schleichende Erosion des Macht- und Ideologie-Monopols der SED, die spätestens

Wolfgang Emmerich/Carl Wege (Hg.), *Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära*, Stuttgart/Weimar 1995, S. 203-231.

10 Vgl. Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel*, Opladen 1980.

11 Lothar Probst, *Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie*, Köln 1993, S.17ff.

12 Vgl. u.a. Lothar Probst, *Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie*, Köln 1993 und Thomas Gensicke, *Die neuen Bundesbürger*, Opladen 1998.

13 Wolfgang Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte der DDR*. Frankfurt a.M. 1989; Lothar Probst (Fußnote 12) 1993, S. 22ff; Klaus Michael, *Zweite Kultur oder Gegenkultur? Die Subkulturen und künstlerischen Szenen der DDR und ihr Verhältnis zur politischen Opposition*, in: Detlef Pollack/Dieter Rink (Hg.), *Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989*, Frankfurt a.M. 1997, S. 106-129.

Anfang der 1980er Jahre einsetzte, möglich gewesen, noch hätten sich die Kerne einer oppositionellen Bewegung herausbilden können, die im Herbst 1989 zur „Speerspitze“ einer gesellschaftlichen Massenbewegung wurden. Der politisch-diskursive Politikstil, der sich im Kontext des politischen Umbruchs herauskristallisierte, trug im übrigen durchaus „moderne“ Züge und wurde auch im Westen zunächst als mögliche Innovation des eingespielten Betriebs der parlamentarischen Demokratie wahrgenommen.¹⁴

Die Erfassung dieser Modernitätspotenziale hat aber nicht nur für den politischen Umbruch, sondern auch für die Einschätzung der Nachwendezeit erhebliche Bedeutung. Ohne die bereits in der DDR erfolgte Ausdifferenzierung unterschiedlicher Soziokulturen und ohne die spontanen Demokratieerfahrungen von 1989 wäre die Übereinstimmung von mehr als 90 % der Ostdeutschen mit den *normativen Grundprinzipien* eines demokratischen Systems, wie sie etwa in Untersuchungen des Allensbacher Instituts zum Ausdruck kommt, kaum zu erklären.¹⁵ Das heißt nicht notwendigerweise, dass eine Mehrheit der Ostdeutschen der gegenwärtigen Realität der bundesdeutschen Demokratie in gleicher Weise positiv gegenübersteht, wie aus anderen Untersuchungen hervorgeht.¹⁶ Sowohl eine höhere Bewertung des Werts „soziale Gerechtigkeit“ im Verhältnis zum Wert „liberale Freiheit“ als auch das Gefühl politisch und symbolisch zu wenig in das bundesrepublikanische System integriert zu sein, drücken sich in einer vergleichsweise geringeren Unterstützung der gegenwärtigen Ausgestaltung der bundesrepublikanischen Demokratie und in einem schwächeren Institutionenvertrauen aus.¹⁷ In manchen Aspekten, geht man von den Merkmalen der „subjektiven Modernisierung“ aus, scheinen „die“ Ostdeutschen sogar „moderner“ zu sein als die Westdeutschen, z.B. wenn ca. 70% (im Verhältnis zu „nur“ 55% der Westdeutschen) direkte Formen der Bürgerbeteiligung einfordern.¹⁸

Der für Ostdeutschland behauptete Modernisierungsrückstand wird oft mit der These von der Modernisierungsblockade verknüpft. Das Verharren in einem traditionellen Gemeinschaftsdenken und der Mangel an Subjektorientierung und Individualität sei ein Hemmschuh für die Freisetzung von Modernisierungspotenzialen. Auch diese These verfehlt die spezifischen ostdeutschen Erfahrungen und ignoriert die Bedeutung gewachsener Lebenswelten. Nicht nur als

14 Vgl. Lothar Probst (Fußnote 12) 1993, S. 145ff.

15 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992, München 1993, S. 546; Dieter Fuchs, Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel (Hg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1992, S. 81-110.

16 Vgl. Thomas Gensicke (Fußnote 12) 1998, S.180ff.

17 Vgl. ders., Das bürgerschaftliche Engagement der Deutschen. Image, Intensität und Bereiche, in: Rolf G. Heinze/Thomas Olk, Bürgerengagement in Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven. Opladen 1999, S. 51.

18 Vgl. Dieter Fuchs (Fußnote 15) 1997, S. 98.

Folge der Mangelwirtschaft, sondern auch aufgrund der von oben „verordneten Partizipation“ und der durch das Informations- und Meinungsmonopol der SED okkupierten Pseudoöffentlichkeit, spielten Freundschaften, Familien- und Nachbarschaftsbeziehungen sowie soziale Netzwerke im Alltagsleben der Ostdeutschen eine wichtige Rolle. Die vielfältigen Freundschaftsnetzwerke eröffneten gewissermaßen einen Raum für die Entfaltung von Spontaneität und für die Entwicklung von Vertrautheit, Offenheit, Verlässlichkeit und gegenseitiger Hilfe, ohne dass sie dem Zugriff des Staates unmittelbar ausgesetzt waren. In der empirisch ausgerichteten Kommunikationsforschung wird hervorgehoben, dass von derartigen interpersonalen Kommunikationsbeziehungen in sozialen Netzwerken häufig ein starker politischer Lerneffekt ausgeht.¹⁹ Insofern waren die Kleingruppen und sozialen Netzwerke in der DDR, obwohl sie nicht unmittelbar politisch agierten, dennoch ein wichtiger Bestandteil der politischen Alltagskommunikation. Ihre Abwertung als „Zweckgemeinschaften“ oder „Notgemeinschaften“ – ausgehend von der Einschätzung, dass ihre Entstehung vor allem durch ökonomische Defizite erzwungen wurde – wird ihrer kommunikationsstiftenden Funktion nicht gerecht. Viele Bürgerinnen und Bürger der DDR entwickelten in diesen informellen Netzwerken nicht nur „Strategien des Rückzugs [...] und des Arrangements zum Schutz vor weitreichenden Ansprüchen des Staates“²⁰, sondern auch Fähigkeiten, die ihnen in der „durchherrschten Gesellschaft“²¹ der DDR verwehrt wurden.

Angesichts der produktiven Bedeutung dieser – von unten entstandenen – „kommunitären“ Alltagskultur für das spontane Leben im politisch repressiven Staat ist es problematisch, die vielfach zu beobachtenden Abwehrhaltungen und kulturellen „Eigensinnigkeiten“²² vieler Ostdeutscher gegenüber der ökonomischen und sozialen Dynamik, die mit der Implementierung von Marktgesetzen im Osten eingezogen ist, einfach nur als „Modernisierungsblockade“ zu diskreditieren. Sie drücken vielmehr verständliche und zu verstehende Reaktionen auf die Erosion und Bedrohung von lebensweltlichen Gemeinschaften und interpersonalen Netzwerken aus, in denen die persönliche Identität vieler Menschen in der DDR „eine soziale Stützung gefunden hatte“.²³

19 Lutz Erbring/Shala Hossein (1995), Politische Kommunikation im sozialen Umfeld. Über die Folgen und Funktionen aktiver interpersonaler Kommunikation in einer Phase turbulenter politischer und sozialer Veränderungen, in: Hans-Dieter Kongemann/Lutz Erbring/Nils Diederich (Hg.), Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur Politischen Kultur in West- und Ost-Berlin 1990. Opladen 1995, S. 197ff.

20 Wolfgang Bergem, Tradition und Transformation. Opladen 1993, S. 232.

21 Vgl. Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaeble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

22 Vgl. Rudolf Woderich, Mentalitäten zwischen Anpassung und Eigensinn, in: Deutschland Archiv, 25 (1992) 1, S. 21-32.

23 Dieter Henrich, Deutsche Identitäten nach der Teilung, in: Politisches Jahrbuch, Stuttgart 1991, S. 31.

Bilanziert man die tatsächlich erbrachten Modernisierungs- und Anpassungsleistungen der meisten Ostdeutschen an die neuen systemischen Vorgaben, lässt sich der Vorwurf der Modernisierungs*blockade* erst recht nicht aufrechterhalten. Die Annahme, dass die meisten Ostdeutschen mit Verweigerung, Anomie, Passivität und Abwehr auf die Zumutungen der westlichen Gesellschaft reagieren, wird durch empirische Untersuchungen widerlegt. So kam eine Trierer Forschungsgruppe zu dem Befund, dass viele Ostdeutsche – trotz erheblicher sozialer Verwerfungen – die berufliche, soziale und persönliche Umbruchsituation erstaunlich pragmatisch und flexibel bewältigt haben, ohne dass es zu extremen Anomiesymptomen gekommen ist.²⁴ Dies ist zwar auch auf die Abfederung von Risikolagen durch die finanziellen Transferleistungen aus dem Westen zurückzuführen, wäre aber ohne die praktischen Fähigkeiten und ideellen Ressourcen, die die Ostdeutschen in den Transformationsprozess eingebracht haben, nicht denkbar gewesen. In Bezug auf die alltagspraktische Bewältigung des Umbruchs kam vielen die bereits in der DDR unter prekären politischen und ökonomischen Strukturbedingungen erworbene Flexibilität und Kreativität zugute. Noch wichtiger aber war in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, auf die bereits in der DDR ausgeformten Solidarbeziehungen im Rahmen der informellen Hilfs- und Freundschaftsnetzwerke zurückgreifen zu können.

3. Zivilgesellschaftliche Kontinuitäten und Neuanfänge in Ostdeutschland

Auf der Basis einer derart differenzierten Analyse soziokultureller Modernisierung in Ostdeutschland lässt sich durchaus die These vertreten, dass die Startbedingungen und Chancenstrukturen für die Weiterentwicklung alter und die Entstehung neuer zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge nach der Neukonfiguration der institutionellen Rahmenbedingungen weitaus besser waren und sind, als es in manchen Modernisierungstheorien erscheint.

Bereits Anfang der 1990er Jahre, als die Bürgerbewegungen ihre „historische Mission“ als Wegbereiter der Demokratie für viele erfüllt hatten, entwickelte sich in einer zweiten Welle der Selbstorganisation der Gesellschaft auf lokaler und regionaler Ebene eine vielfältige soziokulturelle Organisations- und Vereinslandschaft. Die zu dieser Landschaft zählenden Vereine, Initiativen und Zusammenschlüsse sind ein wichtiges Betätigungsfeld für bürgerschaftliches Engagement mit explizit politischen Bezügen. Sie sind gewissermaßen eine Schnittstelle zwischen Politik, Institutionen, Verwaltungen und Lebenswelten in Ostdeutschland. Daraus resultiert häufig ihre besondere Qualität, aber auch ihre Abhängigkeit von arbeitsmarktpoliti-

24 Peter Becker, Ostdeutsche und Westdeutsche auf dem Prüfstand psychologischer Tests, in: APuZ (1992) B 24, S. 27-36.

schen Maßnahmen, mit deren Hilfe sie ihre soziale und organisatorische Infrastruktur aufrechterhalten können. Das in diesen Bereichen geleistete bürgerschaftliche Engagement zeichnet sich durch ein eigenes „Ethos“ aus: Man versucht, die Arbeit professionell und problemorientiert zu gestalten, pragmatisch und kreativ zugleich nach konkreten Lösungen zu suchen, Gemeinnützigkeit vor Eigeninteressen zu stellen, Vergemeinschaftungsprozesse und die Entwicklung zur Selbständigkeit zu fördern. Die Motivationen für das Engagement in diesem Dritten Sektor verweisen sehr oft auf vorgeprägte soziomoralische und politische Einstellungen: Es mischt sich die Lust am politischen Handeln, die einige der Akteure in den Umbrüchen von 1989/90 erfahren haben, mit einem gewissen politisch-aktivistischen Engagementverständnis bei anderen, die ihre politischen Sozialisationserfahrungen in Organisationen und Institutionen der alten DDR gemacht haben. Unabhängig von diesen Hintergründen ist bei fast allen in diesem Bereich Engagierten ein starker sozialer Anspruch festzustellen: man will anderen gezielt helfen, für die Rechte von Minderheiten eintreten, sich selbst in der ganzen Person einbringen. Nicht zuletzt deshalb erfüllen die soziokulturellen Vereine und Projekte auch im Bereich der sozialen Dienstleistungen für die politischen Institutionen eine wichtige Funktion. Sie sind auf staatliche Hilfe und Unterstützung angewiesen, weil sie ihre Arbeit ohne eine entsprechende Infrastruktur nicht leisten können. Bürgerschaftliches Engagement kann sich nur da entfalten, wo es personelle und organisatorische „Kerne“ gibt, die als Katalysator wirken können. Das heißt, das in Ostdeutschland entstandene zivilgesellschaftliche Netzwerk muss „gepflegt“ werden. Den Kommunen fehlt dafür häufig das Geld, obwohl das Engagement der Vereine und Organisationen dem politisch-sozialen Leben in den Städten und Gemeinden besonders zu gute kommt. Es trägt gewissermaßen zur sozialen Kohäsion, aber auch zur Bereitstellung von professionellen Angeboten für eine Reihe von Problembereichen bei, in denen staatliche Verwaltungen keine gleichwertigen niedrigschwelligen Angebote unterbreiten können. Eine aktivierende Politik, die diese Potenziale ernst nimmt, wird auch in Zukunft Instrumente entwickeln und bereit stellen müssen, mit deren Hilfe das bürgerschaftliche Engagement gestützt, gestärkt und gefördert werden kann.²⁵ Sonst darf man sich nicht wundern, wenn gesellschaftliche Probleme sich zuspitzen.

25 Vgl. auch Adalbert Evers, Aktivierender Staat. Eine Agenda und ihre möglichen Bedeutungen, in: *Kommune* 18 (2000) 9, S. 15-19; Thomas Olk, Individualisierung und Sozialstaat, in: *Zukünfte* 9 (Winter 2000/2001) 34, Sekretariat für Zukunftsforschung Gelsenkirchen, S. 30-33.

4. Konflikte und Kooperationen zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Im Rahmen dieses Beitrags sollte gezeigt werden, dass die politischen Dispositionen für bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland sehr viel besser sind als häufig unterstellt wird. Dennoch ist bürgerschaftliches Engagement natürlich kein Selbstläufer, sondern es lebt von bestimmten Voraussetzungen. Die Alltagserfahrung zeigt, dass dort, wo gezielte finanzielle und organisatorische Starthilfe angeboten wird, man auch in Ostdeutschland auf eine hohe Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement stößt. Dabei muss der Staat allerdings in der Lage sein, sich selbst politisch zurückzunehmen. Staatliche Institutionen sollten Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und einmischen, nicht als Störfaktor für das reibungslose Funktionieren von eingespielten Verwaltungsabläufen ansehen, sondern als Mitwirkende im politischen Prozess, als Beteiligte, deren politische und soziale Kompetenz gefragt ist.

Als beispielhaft für eine gelungene Kooperation zwischen staatlichen Institutionen und gemeinnützigen Initiativen im Bereich eines problemorientierten bürgerschaftlichen Engagements kann u.a. der Verein *Dien Hong* (Gemeinsam unter einem Dach e.V.) gelten, der 1992 hier in Rostock nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen vor einem Asylbewerberheim in Lichtenhagen gegründet wurde. Zunächst sollte die Vereinsgründung vor allem dazu dienen, die politische und gesellschaftliche Integration der in Rostock lebenden Vietnamesen, die als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen waren, zu fördern. Mit der Unterstützung des Ausländerbeauftragten der Stadt Rostock und anderer Förderer entstand 1994 aus dieser Initiative eine vietnamesisch-deutsche Begegnungsstätte, deren Mitarbeiter Kultur- und Bildungsarbeit leisten und eine allgemeine Sozialberatung für die in der Region lebenden Vietnamesen anbieten. Im Juni 1994 wurde der Verein vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung beauftragt, ein Modellprojekt „zur beruflichen und sozialen Integration von ehemaligen DDR-Vertragsarbeitnehmern und zur Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern“ durchzuführen. Seit dem erfolgreichen Abschluss dieses Modellprojekts ist der Verein erster Ansprechpartner für kommunale sowie Landes- und Bundesbehörden, wenn es um gezielte Projekte zur beruflichen und sozialen Integration von Migranten im Raum Rostock geht. Im Juli 1997 hat der Verein seine Projektarbeit auf alle in der Region lebenden ausländischen Nationalitäten erweitert und sich mit anderen im Bereich der Ausländerintegration arbeitenden Initiativen vernetzt.²⁶

Das Beispiel Dien Hong zeigt zugleich, dass neben quantitativen Aspekten auch die qualitativen Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland bemerkenswert sind. Neben der professionellen Arbeit im Bereich der Qualifizierung von Zuwanderern (Sprach-

26 Genauere Informationen zum Verein Dien Hong unter <http://www.dienhong.de> (15.2.2005).

kurse, berufliche Weiterbildung und Umschulungen) zeichnet den Verein vor allem ein starkes soziales Gemeinschaftsgefühl aus.²⁷ Auch in anderen Initiativen und Vereinigungen trifft man in Ostdeutschland sehr häufig auf eine gelungene Kombination von professionellem Engagement und sozialer Kommunikation.²⁸ Im Vordergrund stehen nicht das administrative Abarbeiten von Problemen oder die Durchsetzung einer ideologischen Idee, sondern die Entwicklung kreativer Problemlösungsansätze und der Versuch, im Rahmen von Projekten auch soziale Kompetenzen und Gemeinschaftsfähigkeit herauszubilden. Dabei können die beteiligten Akteure zum Teil auf Wertvorstellungen sowie auf Fähigkeiten zurückgreifen, die sie bereits in der alten DDR unter prekären politischen Bedingungen erworben haben und die sie jetzt produktiv in neue gesellschaftspolitische Kontexte und marktwirtschaftliche Strukturen einbringen können. Zugleich entstehen in diesem Umfeld nicht nur zivilgesellschaftliche Solidaritätspotenziale, sondern auch demokratische Wertorientierungen werden gestärkt. Diese entwickeln sich in der Regel ja nicht allein im Rahmen von Institutionenbildung oder als Folge von Rechtsgarantien, sondern sie bedürfen der Generierung, Verstärkung und Tradierung in konkreten sozialen Kontexten. Den Potenzialen der ostdeutschen Zivilgesellschaft kommt dabei ohne Zweifel eine zentrale Funktion zu.

27 So der Geschäftsführer von Dien Hong, Michael Hugo, in einem Gespräch mit dem Verfasser dieses Beitrages. Das Interview ist Teil einer Lokalstudie über bürgerschaftliches Engagement in den neuen Bundesländern: Lothar Probst, Veränderungen und Neukonfigurationen des politischen Partizipationsverhaltens in Ostdeutschland, in: Enquete Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag (Hg.), Partizipation und Engagement in Ostdeutschland, Opladen 2002, S. 144-214.

28 Thomas Pätzold, Geschäftsführer des *Instituts für neue Medien* in Rostock, eine Einrichtung die aus der 1991 gegründeten Alternativen Medienwerkstatt hervorgegangen ist, betonte im Interview mit dem Verfasser, dass der Erfolg der Arbeit des Instituts ganz wesentlich auf der Verbindung dieser beiden Elemente beruhe. Das Institut organisiert u.a. Erstausbildungen, Anpassungs- und Aufstiegsqualifizierungen sowie Umschulungen im Bereich der Neuen Medien.

Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern – Ein Überblick

Gudrun Heinrich

1. Einleitung

Rechtsextremismus gehört zu den zentralen Herausforderungen, denen sich die demokratische Gesellschaft zu stellen hat. Auch wenn in Mecklenburg-Vorpommern (MV) keine rechtsradikale Partei über Mandate im Schweriner Landtag verfügt, so sind Akteure dieses Spektrums dennoch in Land in vielfältiger Weise präsent und aktiv.

Der folgende Beitrag hat das Ziel, einen Überblick über die Struktur und das Potenzial des Rechtsextremismus in MV zu geben. Hierfür wurden Informationen aus der Literatur, aus Berichten des Verfassungsschutzes wie umfangreichen Pressearchiven zusammengetragen und systematisch ausgewertet. In den Fußnoten werden einzelne Hinweise auf weiterführende Literatur gegeben, da die Informationen über die einzelnen Elemente und Aktivitäten des rechtsextremen Spektrums relativ kurz gehalten werden sollen.¹

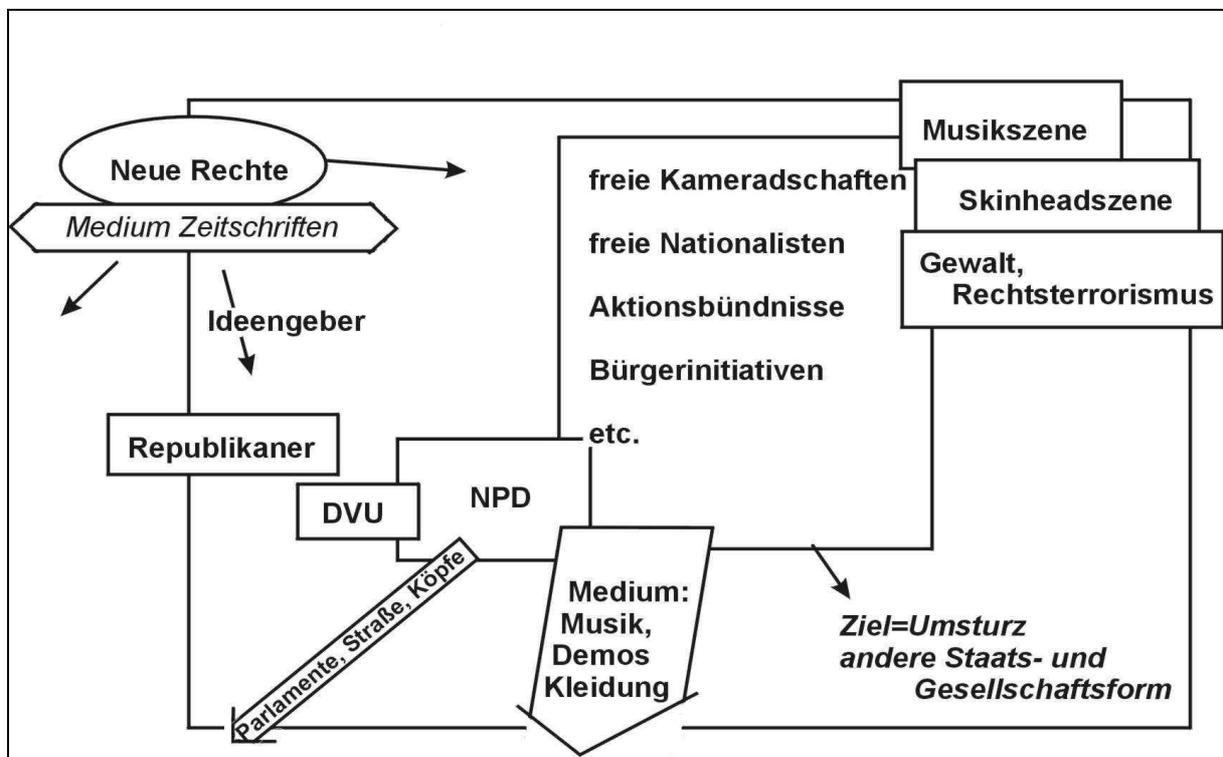
Die Debatten über unterschiedliche Definitionsversuche des rechtsextremen Phänomens sind wenig ergiebig. Dennoch ist es wichtig, sich auf eine Definition zu verständigen. Dem aktuellen Erscheinungsbild des Rechtsextremismus wird vor allem die Definition von Hans-Gerd Jaschke gerecht, der unter Rechtsextremismus „die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen“ versteht „organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Rechtsextremismus ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfungen indust-

¹ Als einführende Literatur zum Thema zu empfehlen: Richard Stöss, *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, Berlin 2000 (Friedrich Ebert Stiftung, Abteilung Dialog Ostdeutschland); Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn 2000; Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hg.), *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke. Vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*, Opladen 2002.

riegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung formierende Protestform“.²

Die sich als Bewegung formierende radikale Rechte³ zeigt eine sehr heterogene Organisations- und Aktionsstruktur. Als soziale Bewegung stellt sie ein vielfältiges Angebot zur Verfügung, das unterschiedlichste Bedürfnisse bedient. Dem Wunsch nach Gruppenzugehörigkeit und Identität entsprechen die Kameradschaften, jugendlichen Bedürfnissen nach einer eigenen Jugendkultur mit eindeutigem Outfit, Musik und entsprechendem Habitus wird die Szene ebenso gerecht wie dem Interesse an intellektuell-theoretischen Diskursen. Daneben finden auch gewaltbereite Kreise im rechtsradikalen Spektrum einen Legitimationsrahmen für menschenverachtende und rassistisch motivierte Taten.

Abbildung 1: Das rechtsextreme Spektrum



Quelle: Eigene Darstellung.

Das einende Band der radikalen Rechten ist nicht ein umfassendes ideologisches Konzept. Die Verbindung besteht vielmehr aus einem ideologischen Grundkonsens innerhalb der radikalen Rechten, der zum einen auf der Idee der Ungleichheit der Menschen aufbaut und bis zur

2 Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, 2. Aufl., Wiesbaden 2001, S. 31.

3 Zur Frage der Konstituierung der radikalen Rechten als sozialer Bewegung siehe auch: Rainer Benthin, Rechtsradikalismus als soziale Protestbewegung: Umriss eines erweiterten Analyse- und Erklärungsmodells, in: Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 18, 2003, S. 9-21.

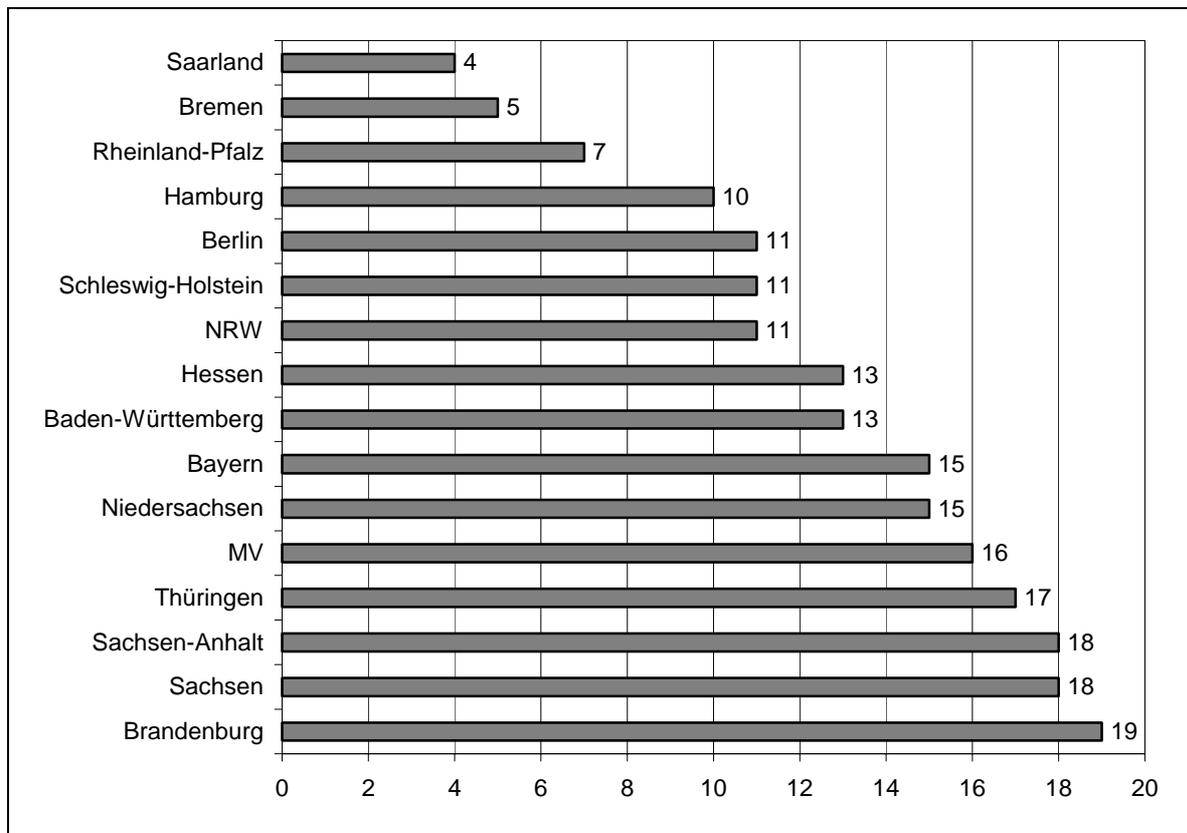
Überzeugung der Ungleichwertigkeit der Menschen reicht. Zum anderen verbindet die Idee der Volksgemeinschaft als einzig legitimer und überlebensfähiger gesellschaftlicher Form des Zusammenlebens der Menschen die heterogenen Elemente des Spektrums. Auf diesen beiden Säulen fußen die Programme der Organisationen des Rechtsextremismus, daraus ziehen die Aktionen ihre Legitimität. Die Glaubenssätze der Ungleichheit der Menschen und der völkische Gedanke sind die ideologischen Anker der verschiedenen Ausprägungen fremdenfeindlicher Einstellungen und Vorurteile.

2. Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern

2.1 Rechtsextreme Einstellungspotenziale in Mecklenburg-Vorpommern

Aus der 1998 durchgeführten bundesweiten Studie von Richard Stöss geht hervor, dass Menschen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild in MV 16% der Bevölkerung ausmachen. Damit steht das Land an fünfter Stelle innerhalb der Bundesländer-Hierarchie.

Abbildung 2: Das rechtsextremistische Einstellungspotenzial in den Bundesländern*



* Mai/Juni 1998, Angaben in Prozent.

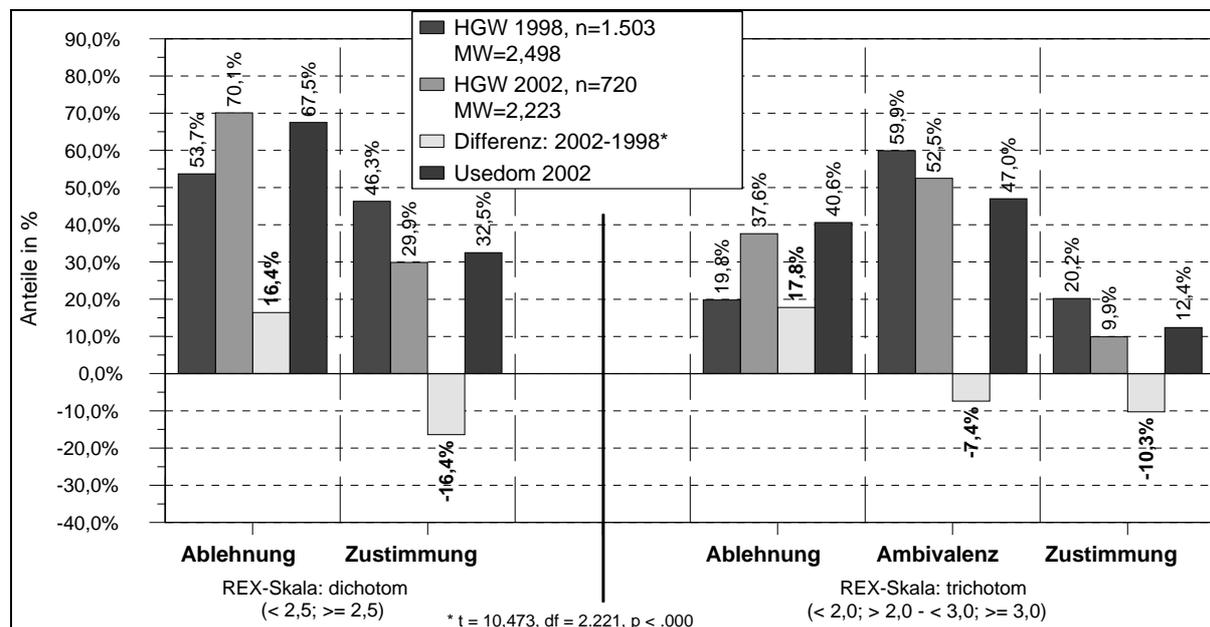
Quelle: Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000 (Friedrich Ebert Stiftung, Abteilung Dialog Ostdeutschland), S. 33.

Ausschließlich auf das Land bezogene Umfragen, die aktuell ein Einstellungspotenzial rechtsextremen Denkens gemessen haben, sind nicht zu finden.

Über aktuellere Entwicklungen des Einstellungspotenzials der Bevölkerung können keine Aussagen getroffen werden, da sich dies nur durch aufwendige Studien ermitteln lässt. Informationen über die Einstellungsebene liegen nur für einen eng begrenzten Personenkreis der SchülerInnen der 9. Klassen in Greifswald vor. So hat das Kriminologische Institut der Universität Greifswald sowohl 1998 als auch im Jahr 2002 alle Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen der Greifswalder Schulen zum einen nach fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen, zum andern auch nach Gewalterfahrungen und Gewaltakzeptanz befragt.⁴

Fasst man die auf die Frage der Fremdenfeindlichkeit konzentrierten Ergebnisse⁵ zusammen, so zeigt sich ein erfreuliches Ergebnis. Gegenüber 1998 hat sich die Gruppe derjenigen SchülerInnen, die fremdenfeindliche Aussagen ablehnen um 17,8 Prozentpunkte vergrößert. Insgesamt zeigen sich für 2002 eine Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen bei 9,9% der SchülerInnen, eine ambivalente Einstellung bei 52,5% und eine klare Ablehnung bei 37,6%.⁶

Abbildung 3: Xenophobie/REX-Skala (13 Items) nach unterschiedlichen Zustimmungs- bzw. Ablehnungsgruppen im Längsschnittvergleich: Greifswald 1998/2002



Quelle: Frieder Dünkel/Bernd Geng: Gewalterfahrungen, gesellschaftliche Orientierungen und Risikofaktoren bei Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald 1998-2002, in: Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hg.), Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Rosstocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 18, 2003, S. 60.

- 4 Die Ergebnisse der Studie sind u.a. veröffentlicht in: Frieder Dünkel/Bernd Geng: Gewalterfahrungen, gesellschaftliche Orientierungen und Risikofaktoren bei Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald 1998-2002, in: Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Fußnote 2) 2003, S. 39-70.
- 5 Die Studie ist deutlich umfangreicher und geht auf unterschiedlichste Zusammenhänge von Gewalt, Gewalterfahrungen, Schulversagen etc. und Fremdenfeindlichkeit ein.
- 6 Frieder Dünkel/Bernd Geng (Fußnote 4) 2003, S. 60.

2.2 *Die Struktur des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern*

Im Gegensatz zur Einstellungsebene kann man über das äußere Erscheinungsbild, die Themen und Aktivitäten der radikalen Rechten mit geringerem Aufwand Forschungsergebnisse erhalten, da diese sich in der Öffentlichkeit klar positioniert, durch Aufmärsche, Demonstrationen, Flugblätter und Homepages in vielfältiger Weise präsent ist und damit ein offenes Untersuchungsfeld darstellt.

So werden auch vom Verfassungsschutz nur die mehr oder weniger sichtbaren Strukturen und Potenziale abgebildet. Offiziell geht man in MV für das Jahr 2003 von 800 Rechtsextremen Skinheads und sonstigen Rechtsextremisten und 290 Neonationalsozialisten aus.⁷

Bei der Analyse der verschiedenen Erscheinungsformen und deren Angeboten und Wirkungsweisen erhärtet sich die These, dass sich Rechtsextremismus inzwischen als soziale Bewegung konstituiert und über eine interne Arbeitsteilung und unterschiedliche organisatorische und strukturelle Formen verfügt. Diese sollen mit dem spezifischen Blick auf MV im Folgenden beschrieben werden.

2.2.1 *Die Neue Rechte*

Die Ideengeber der radikalen Rechten agieren am Rande des Spektrums der radikalen Rechten, die sich von den politischen Grundkonsensen einer freiheitlichen, demokratischen und pluralen Gesellschaft verabschiedet hat. Die unter dem Stichwort der „Neuen Rechten“⁸ zusammengefassten rechtsintellektuellen Diskurse, Denkkreise und Zeitschriftenprojekte beeinflussen mit ihren Themen das radikale Spektrum und stellen gleichzeitig ein Scharnier in konservative und bürgerliche Kreise dar. In MV existieren weder Denkkreise der Neuen Rechten noch sind hier Zeitschriften dieses Spektrums beheimatet. Die bundesweiten Debatten beeinflussen jedoch die Themensetzung und Strategie der radikalen Rechten auch in MV.

2.2.2 *Parteien*

Als Parteien im Spektrum rechts von der CDU/CSU agieren in der Bundesrepublik die Republikaner, die DVU und die NPD. Die DVU und die Republikaner sind in MV mit 30 bis 50 Mitgliedern⁹ nahezu bedeutungslos. Hingegen ist die NPD – wenn auch sie nur über etwa 100

7 Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, Verfassungsschutzbericht 2003, Schwerin 2004, S. 26.

8 Zur inhaltlichen Positionierung und strategischen Orientierung der Neuen Rechten siehe: Rainer Benthin: Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten, Frankfurt/New York 2004.

9 Das Innenministerium gibt in seinem aktuellen Lagebericht (Stand 30.09.2004) für die Republikaner Mitgliederzahlen von „deutlich unter 30 Personen“ und für die DVU „deutlich unter 50 Personen“ an (In-

Mitglieder¹⁰ verfügt – als rechtsextreme Partei von zentraler Bedeutung. Sie wird häufig in ihrer strategischen Bedeutung für das gesamte rechtsextreme Spektrum unterschätzt.

Nachdem die NPD bei Landtagswahlen und Bundestagswahlen in MV keine aufsehenerregenden Ergebnisse erzielen konnte (siehe Tabelle 1), wurde die öffentliche Wachsamkeit gegenüber der NPD erstmals durch die Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen im Juni 2004¹¹ geweckt.

Tabelle 1: Zweitstimmenergebnisse der NPD bei Wahlen in MV

Wahl	Prozent
Landtagswahl 1994	0,1
Landtagswahl 1998	1,1 ¹²
Kommunalwahl 1999 ¹³	0,5
Landtagswahl 2002	0,8
Kommunalwahl 2004 ¹⁴	0,8
Wahl zum Europäischen Parlament 2004	1,7

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (<http://www.statistik-mv.de>).

Die NPD hatte die Beteiligung an Kommunalwahlen zu einem zentralen strategischen Ziel erklärt.¹⁵ Für die Wahl in MV trat die NPD nicht flächendeckend an. Sie konzentrierte sich dabei auf die Wahlen zu den Kreistagen in Ludwigslust, Müritz und Ostvorpommern, die Stadtvertretung in Stralsund und die Gemeindevertretungen in Teldau (Ludwigslust) und in Züssow (OVP). Bei allen sechs von der NPD anvisierten Wahlen war sie in dem Sinne erfolgreich, dass es ihr gelang – nicht zuletzt aufgrund der abgesenkten Hürde – überall parlamentarische Sitze zu erlangen und mit insgesamt zehn Abgeordneten in die Parlamente und Vertretungen einzuziehen.¹⁶

nenministerium MV (Hg.), Lagedarstellung zum Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, Stand 30.09.2004. Schwerin 2004.

10 Ebd.

11 Das Kommunalwahlgesetz in MV sieht keine Wahlkampfkostenrückerstattung bei Kommunalwahlen vor.

12 Nach dem Parteiengesetz erhalten die Parteien Gelder aus dem Topf der Wahlkampfkostenrückerstattung, sobald sie bei Landtagswahlen mindestens 1% der Stimmen errungen haben, bei Wahlen zum Europäischen Parlament oder zum Bundestag mindestens 0,5%.

13 Angabe bezieht sich auf die Wahl der Kreistage der Landkreise und der Stadtvertretungen/Bürgerschaften der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern am 13. Juni 1999.

14 Angabe bezieht sich auf die Wahl der Kreistage der Landkreise sowie Stadtvertretungen/Bürgerschaften der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern am 13. Juni 2004.

15 „Kommunalwahlen müssen unser Fundament bilden. Wenn wir unsere Politik für Deutsche fest verankern wollen, müssen wir in den Gemeinden damit beginnen, bevor wir Höheres anstreben (...). Kommunale Mandate müssen die Grundlage für unsere weitere politische Aufbauarbeit sein (...).“ (aus dem Text des NPD Parteivorsitzenden Udo Voigt: Mit der NAPO auf dem Weg ins neue Jahrtausend, unter: http://www.npd-mv.net/html/theorie/m_napo_.htm, 30.9.2004).

16 Kommunalwahlergebnisse der NPD in MV 2004: Kreistag Ludwigslust (2 Mandate); Kreistag Müritz (1 Mandat); Kreistag Ostvorpommern (2 Mandate), Bürgerschaft Stralsund (2 Mandate); Stadtvertretung Ludwigslust (1 Mandat), Stadtvertretung Anklam (1 Mandate), Gemeindevertretung Teldau (1 Mandat).

Abbildung 4: Karte von Mecklenburg-Vorpommern



Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Statistisches Jahrbuch 2003, S. 476.

Damit fokussiert sich unser Blick auf die regionalen Schwerpunkte der NPD. Ein direkter Vergleich der Wahlergebnisse von Landtags- Bundestags- und Kommunalwahlen ist aufgrund der unterschiedlichen Wahlkreise nicht möglich. Ein grober Blick auf die Schwerpunkte zeigt jedoch eine regionale Konzentration der NPD Erfolge und ihrer Aktivitäten auf den Raum Ludwigslust¹⁷, die Region Uecker-Randow¹⁸, die Region Ostvorpommern¹⁹, den Raum Stralsund²⁰ und die Region Müritz.²¹ Bei dieser Schwerpunktsetzung wird deutlich, dass die Erfolge der NPD bei den Kommunalwahlen 2004 kein singuläres Ereignis waren, sondern vielmehr als Folge klarer strategischer Entscheidungen der Parteiführung zu interpretieren sind.

Im Folgenden soll es darum gehen, die Rolle der NPD im rechtsextremen Spektrum zu klären, ihre strategischen Ziele zu erläutern um anschließend auf weitere Elemente des Rechtsextremismus in MV einzugehen.

-
- 17 Bundestagswahl 2002: Wahlkreis Schwerin-Ludwigslust (0,9%); Wahlen zum europäischen Parlament 2004, Wahlkreis Ludwigslust: (3,1%); Kreistag Ludwigslust 2004: 3,4%.
 - 18 Bundestagswahl 2002: Wahlkreis Neubrandenburg, Mecklenburg-Strelitz/Uecker-Randow (1,1%); Wahlen zum europäischen Parlament 2004 Wahlkreis Uecker-Randow: 2,2%.
 - 19 Bundestagswahl 2002: Wahlkreis Greifswald-OVP (1,3%); Wahlen zum europäischen Parlament 2004: Wahlkreis OVP: 3,4%; Kreistag OVP 2004: 4,2%.
 - 20 Wahlen zum europäischen Parlament 2004, Wahlkreis Stralsund: 3,5%; Bürgerschaft Stralsund 2004: 3,9%.
 - 21 Wahlen zum europäischen Parlament 2004, Wahlkreis Müritz: 2,8%, Kreistag Müritz 2004: 2,6%.

Die NPD ist seit etwa 1996 in hohem Maße daran interessiert, mit den Kräften der Kameradschaftsszene, der Skinheads bis hin zu neonazistischen Organisationen zusammenzuarbeiten. Die Verbindung der Elemente, die teilweise auch ein Milieu, das die Bereitschaft zu Gewalt einschließt, umfasst, ist als „völkisch-nationale Bewegung“ zu klassifizieren. Der NPD kommt dabei die Rolle der „Bewegungspartei“²² zu. Sie ist Sprachrohr, organisatorischer Kern und die Konstante in einem sich auch selbst als Bewegung verstehenden politischen Umfeld.²³

2.2.3 Kameradschaften und „freie Szene“

Seit Anfang der 1990er Jahre entwickelt sich neben den organisierten Formen wie der der Parteien eine sog. „freie Szene“. Rechtsextreme Kader reagierten damit auf die Verbotswelle des Bundesinnenministerium seit Anfang der 1990er Jahre²⁴, in deren Zusammenhang zahlreiche Gruppierungen, aber auch Parteien wie die Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP) oder die Wiking-Jugend verboten wurden.²⁵ Gleichzeitig bot die NPD zu diesem Zeitpunkt für die neonazistisch orientierten und auf Aktionen setzenden Protagonisten der Szene keine wirkliche Alternative. Zu diesem Zeitpunkt galt die NPD noch als „verstaubter“ Haufen, der auf der Suche nach der eigenen Identität noch keinen Halt gefunden hatte.

Kameradschaften lassen sich als mehr oder weniger straff organisierte Freundeskreise von etwa zehn bis 15 sich als national bis nationalsozialistisch verstehender Jugendlicher bezeichnen. Sie treffen sich zu Aktionen oder auch zu sog. „Schulungen“, auf denen sowohl ihre nationale Gesinnung als auch ihre Aktivitätspotenzial gestärkt werden soll. Wenn Schulungsthemen beispielsweise lauten: „Hausdurchsuchungen“ oder „Umgang mit dem Paragraphen der Volksverhetzung“ ist die strategische Zielrichtung offensichtlich. Die Kameradschaften verzichten dabei bewusst auf eine feste Organisationsstruktur, weil sie so der Gefahr des Verbotes entgehen.

22 Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. (Mit Beiträgen von Gudrun Heinrich u.a.), Köln 1993, S. 499 ff.

23 Thomas Wulff beispielsweise: „Es geht jetzt darum, die tagespolitischen Aufgaben zu erledigen und unsere *Bewegung der nationalen Opposition* [Hervorhebung; GH] großen Teilen der deutschen Bevölkerung als unterstützenswerte Alternative – als letzte Alternative zu einem asozialen System! – zu präsentieren“ (Gastkommentar von Thomas Wulff in Deutsche Stimme, Mai 2004, Quelle: [http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben 2004/Sites/05-04-Steiner.html](http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben%202004/Sites/05-04-Steiner.html), 12.01.2005).

24 „Als ich vor nunmehr sieben Jahren das Konzept und den Begriff `Freie Nationalisten` erarbeitete und propagierte, da war dieses Konzept notwendig geworden, um den Verbotsattacken der Innenminister etwas entgegensetzen zu können, was radikalen Kräften eine Arbeitsmöglichkeit gab. ... Freie Nationalisten wollen der Kitt der nationalen Opposition sein, sie wollen dort Zusammenarbeit anstreben, wo dies gewünscht und notwendig ist.“ (Gastkommentar von Thomas Wulff in Deutsche Stimme, Mai 2004, Quelle: [http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben 2004/Sites/05-04-Steiner.html](http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben%202004/Sites/05-04-Steiner.html), 12.01.2005).

25 Eine Liste der verbotenen Organisationen findet sich bei Richard Stöss (Fußnote 1) 2000, S. 96f.

Im Jahr 2000 ging das Bundesamt für Verfassungsschutz von etwa 150 Kameradschaften bundesweit aus.²⁶ Für MV werden unterschiedliche Angaben gemacht. Der Verfassungsschutz spricht in seinem aktuellen Lagebericht von „derzeit neun aktiven Kameradschaften“.²⁷

2.3 Kooperation und Vernetzung

Auch wenn sich viele Kameradschaften als „frei“ und von den anderen rechtsextremen und neonazistischen Strukturen unabhängig verstehen, agieren sie dennoch nicht unverbunden nebeneinander. Die gute Vernetzung wird bei Demonstrationen und Aufmärschen sichtbar, wenn die Vertreter und Vertreterinnen aus der gesamten Kameradschaftsszene des Landes aufmarschieren. Als Knoten des Netzwerkes der rechtsradikalen Szene agieren in MV das „Aktionsbüro Norddeutschland“, dessen Hauptschwerpunkt die Organisation von Demonstrationen ist und das „Nationale und soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ sowie bis Anfang 2005 die „Pommersche Aktionsfront“, die mit ihrer Internetpräsenz²⁸ eine Koordinationsfunktion übernahm. Der Vernetzungsprozess scheint weiter voran zu schreiten. Vor allem der Raum Ostvorpommern weist dabei eine Vorreiterfunktion auf.

In diesem Zusammenhang sind Personen von zentraler Bedeutung, die über eine hohe Integrationswirkung und Integrationskraft verfügen. Für MV sind dies vor allem Thomas Wulff und Christian Worch.²⁹ Beide versuchen – nicht mehr unbedingt gemeinsam – das neonazistische Spektrum in MV zu organisieren und hierfür zu mobilisieren.

Thomas Wulff³⁰, selbst als Führer der „Nationalen Liste“ in Hamburg von der Verbotswelle Anfang der 90er Jahre betroffen³¹, entwickelte 1996 das Konzept der „freien Nationalis-

26 Bundesamt für Verfassungsschutz, Neonazistische Kameradschaften in Deutschland, Köln 2000, S.1.

27 Innenministerium MV (Fußnote 9) 2004.

28 <http://www.gau-pommern.de> Diese Seite wurde nach eigenen Angaben im Januar 2005 aufgegeben. Es wird spekuliert, ob es lediglich zu einer unverfänglicheren Namensänderung kommen wird (siehe hierzu: stoertebeker.net, Ausgabe vom 12.01.2005).

29 Christian Worch setzt dabei verstärkt auf Aufmärsche und Demonstrationen. Er selbst war bis 1977 Mitglied der NPD, dann bei der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten ANS/NA“ des Hamburger Neonazi-Führers Michael Kühnen. „Bis heute ist Kühnen Worchs politisches Idol – trotz dessen angeblicher Homosexualität und seines vermuteten Todes durch Aids. Seiner Vision der Legalisierung der NSDAP folgt Worch ebenso wie seiner Provokations- und Propagandataktik“ (Andreas Speit, „Wir marschieren bis zum Sieg“, in: Andrea Röpke/Andreas Speit (Hg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004, S. 13-39 (hier S. 24).

30 Thomas Wulff kaufte sich zusammen mit einem Weggefährten einen Gutshof in der Nähe von Boizenburg und zog mit seiner Familie dorthin (Siehe: Andreas Speit (Fußnote 29) 2004, S. 126). Inwieweit dieses Gut als nationales Schulungszentrum genutzt wird, ist umstritten.

31 Thomas Grumke/Bernd Wagner (Fußnote 1) 2002, S. 344f.

ten“³². Die Bündnisstrategie des Freien Nationalismus zielt darauf, die einzelnen Elemente zu einer Struktur zusammenzufügen und ihr Potenzial zu bündeln. Thomas Wulff äußerte in einem Interview über das Konzept der Freien Nationalisten: „Es ist eine Bündnisstruktur, die immer dann zum Tragen kommt, wenn im norddeutschen Raum verschiedenste Aktionsgruppen und Parteien zu nationalen und sozialen Fragen aktiv werden.“³³ Dabei war es zunächst das erklärte Ziel, eine Struktur unabhängig von der NPD zu initiieren. Thomas Wulff als *der* Initiator und Verfechter des Konzeptes des „freien Nationalismus“ hat mit seinem Eintritt in die NPD im Sommer 2004 die neue Qualität der Zusammenarbeit und Vernetzung der radikal rechten Szene eindrucksvoll dokumentiert. In dem Leitfaden für freie Nationalisten heißt es daher auch nicht – oder nicht mehr – dass dieses Konzept die Alternative zur parteiförmigen Organisation ist. Vielmehr begreift man sich als Teil einer nationalen und sozialistischen Bewegung.³⁴ Zu ihrem Eintritt in die NPD im Sommer 2004 schreiben die drei neonazistischen Aktivisten Ralph Tegethoff, Thorsten Heise und Thomas Wulff unter der bezeichnenden Überschrift „Eine Bewegung werden“, dass es darum gehe, die Partei „in das Gesamtgefüge einer Bewegung des Widerstandes einzufügen“. Weiter heißt es dort: „Wir sehen uns aber auch verpflichtet, mit gutem Beispiel der Zusammenarbeit voranzugehen und einen Brückenschlag vorzunehmen. Wir wollen in der Partei das Sprachrohr und der Ansprechpartner sein für all die Kameradinnen und Kameraden, welche sich außerhalb der Partei organisieren.“³⁵ Diese Bereitschaft der Netzwerk- und Bündnisbildung von Seiten der Kameradschaften und freien Nationalisten ist auch als eine Antwort auf die strategische Positionierung der NPD zu verstehen, die sich selbst auch in der Funktion einer Bewegungspartei versteht. Als Reaktion auf den Parteieintritt der drei Führungsfiguren der neonazistischen Szene reagierte das Parteipräsidium der NPD mit einer Erklärung unter der Überschrift „Volksfront statt Gruppenegoismus“: „Die NPD bekennt sich zur Gesamtbewegung des nationalen Widerstandes... Mit unserer Erklärung wollen wir einen Beitrag leisten, der vor allem für Multiplikatoren der nati-

32 Es gibt inzwischen einen „Leitfaden“ der freien Nationalisten, der im Internet herunterzuladen ist u.a. bei: http://www.festungsstadt.com/dok_freienationalisten.htm, 12.1.2005.

33 http://www.lexikon.idgr.de/w/w_u/wulff-thomas/Wulff-thomas.php, 12.1.2005.

34 „Ein freier Nationalist sollte sich als politischer Kämpfer für ein Deutschland nach unseren Vorstellungen begreifen. Dabei wählt er die vorausschauende Lösung einer gruppen- und parteiübergreifenden Form, denn diese Denkweise unterliegt nicht den Zwängen einer Partei, einer Wählergemeinschaft, eines Vereins oder anderer Organisationsformen... Ob sich freie Nationalisten einer Partei oder anderen Gruppierung anschließen, bleibt ihnen selbst überlassen, denn diese Entscheidung orientiert sich in erster Linie an der politischen Landschaft in der jeweiligen Region oder an der Zweckmäßigkeit der politischen Betätigung“ (aus: Leitfaden Freie Nationalisten (Fußnote 32)).

35 „Eine Bewegung werden“, Erklärung zum Eintritt in die NPD, 17.09.2004 unter: http://wysiwyg://mainFrame.hauptfenster.Mitte...pd_info/deutschland/2004/d0904-30.html, 30.9.2004.

onalen Opposition notwendig ist, um zu einer Volksbewegung zu werden – einer Volksfront all jener, die sich noch als Deutsche fühlen...“³⁶

2.4 *Strategische Orientierungen und Aktivitäten des rechtsextremen Spektrums*

2.4.1 *Die NPD als Bewegungspartei*

Die NPD ist nicht die Partei der dummen, dumpfen Neonazis. Sie verfügt über eine Reihe strategisch und inhaltlich begabter Köpfe. Dies lässt sich u.a. an den unterschiedlichen strategischen Positionspapieren ablesen, die seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Udo Voigt 1996 verabschiedet wurden.

Voigt hat von Anfang an bewusst – und nicht ohne innerparteiliche Kritik – auf eine Öffnung hin zu neonazistischen Kreisen und Skinheads gesetzt.³⁷ Mit dieser Öffnung setzte Voigt auf eine stärkere Aktionsorientierung der NPD und lief damit Gefahr, die Erweiterung des elektoralen Spektrums bis in die sog. „Mitte der Gesellschaft“ zu gefährden. Letztlich hat der Wahlerfolg in Sachsen 2004 die These des Politikwissenschaftlers Armin Pfahl-Traughber widerlegt, dass die elektorale und organisatorische Entwicklung der NPD nicht parallel verlaufen würden, da die soziale Zusammensetzung der Mitglieder Wahlerfolge eher ausschließe.³⁸ Derzeit scheint es der NPD zu gelingen, den Spagat zwischen der Öffnung in Richtung radikaler und gewaltbereiter neonazistischer Kreise einerseits und dem Hineinreichen in bürgerliche Kreise andererseits auszuhalten.

1997 beschloss die Partei die sog. „Drei Säulen Strategie“. Das strategische Ziel der Partei sei es danach, den Kampf um die Köpfe, den Kampf um die Straße und den Kampf um die Parlamente zu führen und zu gewinnen.³⁹ Damit nimmt die NPD auch im eigenen Bewusst-

36 Erklärung des Parteipräsidiums der NPD: „Volksfront statt Gruppenegoismus“, Stand 19.09.2004, unter: <http://www.eine-bewegung-werden.de/volksfront.htm>, 30.9.2004.

37 Die Vermittlungsfunktion von Seiten der NPD lag dabei vor allem bei der Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten (vgl. Richard Stöss (Fußnote 1), S. 115), die nach Angaben des Verfassungsschutzes für Mecklenburg-Vorpommern keine Rolle spielen. „Strukturen und Aktivitäten der NPD Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) waren auch im Jahr 2003 in Mecklenburg-Vorpommern nicht feststellbar.“ (Innenministerium MV (Fußnote 7) 2004, S. 47).

38 Armin Pfahl-Traughber, Die ideologische, strategische und organisatorische Entwicklung der NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, in: Heinz Lynen von Berg/Hans-Jochen Tschiche (Hg.) : NPD – Herausforderung für die Demokratie?, hrsg. im Auftrag von miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., Berlin 2002, S. 13-30 (hier S. 23).

39 „Es geht der NPD nicht um kurzfristige Wahlerfolge, sondern um langfristige politische Aufbauarbeit einer ernstzunehmenden politischen Kraft. Erst wenn wir den Kampf um die Straße endgültig für uns entschieden haben, kann der Kampf um die Parlamente mit der Aussicht geführt werden, keine schnell verschwindenden Proteststimmen mehr zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft zu etablieren.“ (Udo Voigt 1999, zitiert nach Thomas Grumke, Rechtsextreme Vordenker: diskursbestimmende Organisationen und Personen des deutschen Rechtsextremismus, http://www.zdk-berlin.de/webzdk/seitenzdk/pdf/Rechtsextreme_Vordenker.pdf, 12.1.2005.

sein die Rolle einer Bewegungspartei ein. Die typischen Kennzeichen einer Bewegungspartei sind der aktive Bezug zum nicht in der Partei organisierten Umfeld durch Personalunion und aktive Zusammenarbeit, die Übernahme der Sprachrohr und Organisationsfunktion für das Umfeld durch die Partei und die Orientierung auf die parlamentarische Arbeit als lediglich einem Aktionsfeld neben anderen. Die NPD begibt sich bewusst in den Spagat zwischen außerparlamentarischen Spielbein und parlamentarischem Standbein.⁴⁰

In diesem Zusammenhang ist auf eine weitere strategische Orientierung der NPD hinzuweisen. Die zweite Säule der Parteistrategie der NPD findet sich in dem Konzept der „national befreiten Zonen“. Diese Konzept wurde erstmals als Strategiepapier des nationalen Hochschulbundes 1991 in der „Zeitschrift für politische Theorie und Strategie“ (2/1991) veröffentlicht, 1999 im NPD Parteiorgan der „Deutschen Stimme“ vorgestellt und wird seitdem in verschiedenen Publikationen und Organen immer wieder aufgegriffen.⁴¹ Es wäre verkürzt, das Konzept der „national befreiten Zonen“ als eine Strategie vorzustellen, in der es darum geht, geographische Räume, Orte oder Plätze von nationalen Kräften dominieren zu lassen. Es geht vielmehr um eine klare Besetzung kultureller Räume, um die Schaffung fester Strukturen für die eigenen Aktivisten, in die sie sich in ökonomischer Hinsicht, wie auch in kultureller und lebenspraktischer zurückziehen können.⁴²

2.4.2 Die Suche nach dem Weg in die Mitte der Gesellschaft

Für die gesamte Bewegung ist einerseits ein gestiegenes Selbstbewusstsein zu konstatieren, das sich sowohl aus dem Scheitern des NPD-Verbotsantrages als auch aus den Wahlerfolgen von NPD und DVU 2004 speist.⁴³ Seit dem Sommer 2004 agieren die VertreterInnen der

-
- 40 „Wir werden natürlich auch weiterhin an Wahlen teilnehmen, um neue Mitglieder und Anhänger zu gewinnen, uns als die nationale Alternative darzustellen und um den Kontakt zum Wähler nicht zu verlieren, denn ihn brauchen wir zur Erlangen [!] der Macht. Gleichzeitig müssen wir uns den Methoden einer ‚Außerparlamentarischen Opposition‘ bedienen, um Erfolg zu haben. Gerade die ständigen Rechtsbrüche der Herrschenden zeigen, daß eine nationale APO notwendig ist, sowohl als Ausdruck des Protestes gegen Willkür und Unterdrückung, zur Formierung der Geschlossenheit und des Zusammenhalts und als verlängerten Arm unserer künftigen Abgeordneten in den Parlamenten. Das Zusammenspiel der beiden Kräfte wird dann in der Lage sein, dieses politische System zu überwinden.“ (aus: Udo Voigt: „Mit der NAPO auf den Weg in das neue Jahrtausend“ (http://www.npd-mv.net/html/theorie/m_napo_.htm, 30.09.2004)
- 41 Werner Sprado,; Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Strategie und Taktik einer verfassungsfeindlichen Partei, in: Heinz Lynen von Berg /Hans-Jochen Tschiche (Hg.), NPD – Herausforderung für die Demokratie?, hrsg. im Auftrag von miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., Berlin 2002, S. 31-44.
- 42 Das Konzept findet sich u.a. unter: <http://www.stromfront.org/german/zonen.htm>, 10.11.2002; hierzu auch: Sylke Kirschnick, „National befreite Zonen“. Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung?, (<http://www.asf-ev.de/zeichen/00-4.06.shtml>; 4.3.2002).
- 43 Wahlergebnisse der Wahlen 2004: Landtagswahl im Saarland NPD: 4,0%; Landtagswahl in Brandenburg DVU: 6,1%; Landtagswahl in Sachsen NPD: 9,2%, siehe: <http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Wahlanalysen>, 13.1.2005.

Szene öffentlicher, zeigen auf den Veranstaltungen der demokratischen Kräfte, die sich gegen Rechtsextremismus zur Wehr setzen wollen, selbstbewusst Präsenz⁴⁴ und nutzen die kommunalen Vertretungen für ihre Agitationen.⁴⁵ Zudem ist eine Strategie der Anpassung festzustellen. Das martialische wirkende Auftreten mit Bomberjacke und Springerstiefeln wird zugunsten einer „neutralen“ Kleidung abgelegt.⁴⁶ Zumindest in den Veröffentlichungen wird von Gewalttaten und Exzessen abgeraten und gewarnt. Die Aktivitäten reichen von Kinderfesten in Greifswald, Stralsund und Rostock, die „nationales“ Bockwurst-Essen und Dosenwerfen versprechen bis hin zu Unterschriftenaktionen und der Initiierung sog. „Bürgerinitiativen“.

Die Aktions-Strategie der rechtsextremen Bewegung lässt sich daher als „Strategie des Wolfes im Schafspelz“ bezeichnen. Ein solcher Wolf war beispielsweise die Pommersche Aktionsfront (PAF), die ein vielfältiges Netz an Aktionen und Aktivitäten über den östlichen Teil des Landes gezogen hat und auch mit der NPD „erfolgreich“ kooperiert, wie bei dem Aufmarsch zum Gedenken der Opfer alliierter Bombenangriffe 1945 auf Stralsund am 16.10.2004 sichtbar demonstriert wurde.⁴⁷ Dabei ist es das klare Ziel der Aktivisten der Szene, neben der Bedienung neonazistischer und völkischer SympathisantInnen auch in die „Mitte der Gesellschaft“ hinein zu wirken. Wenn etwa der „Heimatsbund Pommern“ ein Fußballturnier anmeldet und ausrichtet,⁴⁸ so müssen erst engagierte Beobachter vor Ort die Verantwortlichen in Politik und Medien darauf hinweisen, dass es sich bei diesem Heimatsbund Pommern um den „kulturellen Arm der rechtsradikalen Kameradschaft“ handelt.⁴⁹

Ein weiteres Indiz für diese strategische Orientierung ist die Debatte und die Aktivitäten um die Standortsuche für Asylbewerberheime in MV. Ein Erlass des Innenministeriums hatte festgelegt, dass die Asylbewerberheime, die sich in Bereichen vor den Städten befanden aufgelöst werden sollten und neue Standorte in den Städten oder größeren Ortschaften zu suchen

44 So beispielsweise in Wolgast bei einer Veranstaltung der Jusos am 30.9.2004 (Nordkurier, Usedom 1.10.2004, mvpresse* Nr. 740 vom 03.10.2004) und in Stralsund am 23.11.2004 (<http://www.stoertebeker.net/archiv/241104.html>, 6.1.2005)

*) mvpresse ist ein täglicher e-Pressespiegel in MV zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus u.a. aus den Online-Ausgaben der regionalen Zeitungen, rechten Websites etc., hrsg. von Lobbi e.V.

45 Eine Analyse des Agierens der NPD-Vertreter in den kommunalen Vertretungen in MV ist ein Thema, mit dem man sich zukünftig beschäftigen muss. Einzelne Aktivitäten wie beispielsweise die Forderung nach einem Begrüßungsgeld für jedes Deutsche Kind, oder das Agieren gegen Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr (jeweils von der NPD in der Stralsunder Bürgerschaft) etc. zeigen die „sozialpolitische Komponente“ der NPD deutlich.

46 Gleichzeitig prägen Symbole und Accessoires immer noch das äußere Erscheinungsbild. Siehe zu der Frage von Outfit und Symbolik: Margitta-Sybille Fahr, „Was steht an jedem Haus? Ausländer raus!“ Rechtsextreme Ausdrucksformen und Bilderwelten. Ikonografie der Gewalt, hrsg. vom Mobilem Beratungsteam, Tolerantes Brandenburg, Potsdam O. J.

47 Siehe hierzu: Ostseezeitung, Stralsund, 18.10.2004.

48 Fußballturnier am 9. Mai 2004 (Nordkurier, Anklam, 22.4.2004, aus: mvpresse Nr. 629, 23.4.2004, Stoertebeker.net., vom 22.4.2004; Nordkurier (Anklam) 29.4.2004, aus: mvpresse Nr. 645, 30.4.2004)

49 Nordkurier, Anklam, 29.4.2004 (aus: mvpresse Nr. 645, 30.4.2004).

seien. In einigen Landkreisen und Städten nutze die rechtsextreme Szene die folgende Standortsuche für eine Mobilisierung gegen die Asylbewerberunterkünfte. In Wolgast und Ueckermünde formierten sich sog. Bürgerinitiativen unter dem Namen „Schöner und sicherer wohnen in Wolgast“ bzw. „Schöner und sicherer Wohnen in Ueckermünde“, hinter denen die ortsansässigen Kameradschaften standen. Sie sammelten bis zu 1.200 Unterschriften und mobilisierten zu Demonstrationen. Eine weitere Neugründung berichtet der Verfassungsschutz. Unter dem zunächst unverdächtig scheinenden Namen „Bürger-Interessengemeinschaft Hanse Mecklenburg-Vorpommern“ haben sich Ende 2004 Angehörige von Kameradschaften aus Bad Doberan, Güstrow, Rostock, Stralsund und Wolgast zusammengeschlossen.⁵⁰

Als Medium, um den harten Kern der Anhänger zu festigen und vor allem auch Jugendliche anzusprechen sind verschiedene Zeitungsprojekte ins Leben gerufen worden. Zu den Aktivitäten der NPD in MV gehörte beispielsweise die Gründung einer Schülerinitiative in Greifswald unter dem bezeichnenden Namen „Schülerinitiative für freie Meinungsbildung“⁵¹ die eine eigene Zeitschrift herausgab.⁵² Einen Ableger dieses Schülerzeitungskonzeptes gibt es inzwischen auch in Stralsund. Unter dem Namen „Avanti“ wurden zahlreiche Ausgaben eines optisch wenig ansprechenden, aber inhaltlich zynischen und auf die Geschehnisse in Stralsunder Schulen eingehenden Blattes vor Schulen verteilt.

Aus dem Kreis um die Pommersche Aktionsfront stammt die Zeitschrift „Die Stimme der Heimat“ (für Jugendliche). „Der Inselbote“, der Kameradschaft Usedom, der nach eigenen Angaben über eine Auflage von 30.000 verfügt und die Zeitschrift „Der Fahnenträger – Rundbrief für nationale Sozialisten“ vom nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland sind weitere Publikationsprojekte der Szene. Auch wenn die Zeitungen für uns wenig attraktiv wirken, sind sie ein Mosaikstein einer Werbestrategie. Natürlich finden die Außenwerbung und die Mobilisierung in erheblich größerem Maße im Internet statt.

Das bundesweit auf Interesse stoßende Internetprojekt „Stoertebeker-Netz“ wird in Stralsund erstellt. Es besteht aus zumeist rechtsextremen und zynischen Kommentaren gegenüber dem politischen Geschehen in der Region Vorpommern und darüber hinaus. Der Verantwortliche der Seite agierte lange Zeit ohne feste organisatorische Einbindung und die Szene und machte sich durch seine bissigen, zynischen Kommentare, die auch vor Protagonisten der rechtsextremen Szene nicht halt machten, nicht nur Freunde.

50 Vgl. Nordkurier, 14.2.2005, aus: mvpresse Nr. 843, 15.2.2005).

51 Die NPD sieht sich nicht erst seit dem Beginn des inzwischen wieder eingestellten Verbotsverfahrens in der Rolle des Opfers von angeblicher systematischer Unterdrückung der freien Meinungsäußerung durch die „herrschenden Medien“.

52 „Schülerinitiative für freie Meinungsbildung an der Friedrich Engels Schule in HGW“, Schülerzeitung dieser Initiative: „Norddeutsche Sprachrohr“, die letzte Ausgabe, die auffindbar war stammte aus dem Jahr 2003.

Ein wesentlicher Aktivitätsschwerpunkt der Szene sind zweifelsohne deren Demonstrationen und Aufmärsche. Sie haben die Funktion sowohl die Gruppen intern zu festigen, als auch nach außen Macht und Stärke zu demonstrieren. Die einzelnen Themen und Titel der Demonstrationsaufrufe zeigen dabei sowohl die modernisierte Strategie als auch die Ideologie des Rechtsextremismus in MV: „Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Gegen die Schließung des Club 18“⁵³; „Volk statt Multikultiwahn“⁵⁴; „Gegen Drogen, Gewalt und politische Verfolgung“⁵⁵; „Gegen Krieg und US Globalisierung“⁵⁶; „Alliiertes Bombenterror – Unsere Mauern brachen, aber unsere Herzen nicht“⁵⁷; „Marktwirtschaft ersetzen durch Volkswirtschaft – nationaler Sozialismus schafft Arbeitsplätze“⁵⁸; „Opa war in Ordnung – Unsere Großväter waren keine Verbrecher“⁵⁹; „Gegen Krieg und militärischen Größenwahn“⁶⁰. In den diversen Veranstaltungsaufrufen zeigen sich die thematischen Schwerpunkte der rechten Szene in MV. Ein zentrales Thema der vergangenen Jahre war der Geschichtsrevisionismus: zum einen durch die Nutzung der bundesweiten Debatte über die Bombardierungen durch die Alliierten und im Jahr 2003 besonders durch die Mobilisierung gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Institutes für Sozialforschung, die 2003 mit großem Erfolg in Peenemünde gezeigt wurde. Der Anti-Hartz Protest der NPD kommt nicht unerwartet. Die rechtsextreme Szene hat die soziale Frage schon seit einiger Zeit zu einem Schwerpunkt erkoren. Dritter Schwerpunkt war der Protest gegen den Irak-Krieg, mit dem ein Globalisierungsprotest und Antiamerikanismus verbunden wurde.

Mit der thematischen Orientierung versucht die rechtsradikale Szene zum einen an die Debatten in der „Normalgesellschaft“ anzuknüpfen und diese ins neonazistische und demokratiefeindliche Spektrum zu ziehen, zum anderen die Grundkonstanten der rechtsradikalen Ideologie zu verbreiten und der Bewegung damit ein einendes Band zu verschaffen.

53 Demonstration auf Rügen im Sommer 2002, stoertebeker.net (mvpresse Nr. 201, 14.8.2002).

54 Motto des Pressefestes der NPD im Juli 2002 (mvpresse Nr. 205, 18.08.2002)

55 Demonstrationsaufruf der Schülerinitiative für freie Meinungsbildung- und -äußerung für den 16.11.2003 in Demmin (Nordkurier, Waren, 16.10.2003, mvpresse Nr. 247, 16.10.2003).

56 Demonstration am 8.3.2003 in Greifswald (Innenministerium MV (Fußnote 7), S. 34).

57 Aufruf für eine Demonstration am 26.4.2003, Veranstalter „Aktionsgruppe Rostock“ (freies infotelefon, mvpresse Nr. 331, 25.2.2003).

58 Aufruf der NPD Stralsund für eine Demonstration am 5.7.2003 (stoertebeker.net, 7.7.2003, mvpresse Nr. 423, 9.7.2003).

59 Demonstration am 26.7.2003 in Wolgast, siehe: Innenministerium MV (Fußnote 7) S. 30.

60 Demonstration der NPD in Greifswald am 31.8.2003 (nach NPD Meldungen 19.1.2003, mvpresse Nr. 309, 19.1.2003).

3. Die Frage der Gewalt

In der Strategie der Kameradschaften und der NPD wird die offene Befürwortung von Gewalt abgelehnt.⁶¹ In den Aufrufen zu Demonstrationen und durch Kommentierungen von Gewaltaktionen⁶² versucht die Szene ihren „gewaltfreien“ Anspruch immer wieder zu bekräftigen. Die reale Situation lässt jedoch aus zwei Gründen Zweifel an der Ernsthaftigkeit und vor allem an der faktischen Umsetzung dieser Orientierung auf allen Ebenen der Organisationen zu. Zum einen zeigt die NPD durch ihr Verhalten, dass ihre strategische Zielsetzung, im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu agieren, fehlschlägt, wenn beispielsweise im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein 2004 führende Aktivisten der Partei auf GegendemonstrantInnen einprügeln.⁶³ Auch die offene Aufnahme der drei Neonaziführer, Thomas Wulff, Ralf Tegethoff und Thorsten Heise⁶⁴, die alle über ein reichhaltiges Strafregister verfügen, ist ein Indiz für das reale Verhältnis der NPD und der gesamten rechtsextremen Szene zur Gewalt.

Zum anderen zeigt ein Blick auf die Gewalttaten in MV, dass die Bereitschaft zur Ausübung von Gewalt gegen Personen rückläufig ist.⁶⁵ Dies kann eine Folge der Aufrufe zur tätlichen Zurückhaltung sein. Andererseits sind Gewaltdelikte mit rechtsextremistischer Motivation weiterhin eine Gefahr vor allem für Angehörige potentieller Opfergruppen.⁶⁶ Bei aller gewaltfreien Rhetorik nehmen dies die NPD und die anderen Organisationen des rechtsextremen Spektrums nicht nur billigend zur Kenntnis, sondern akzeptieren dies als Mittel ihres Wirkens.

61 Der NPD Parteivorsitzende Udo Voigt antwortete in einem Interview in der neurechten Zeitschrift „Junge Freiheit“, September 2004 auf die Frage „Lenin hielt es für legitim, der Geschichte durch Waffeneinsatz auf die Sprünge zu helfen, wenn die Zeit dafür reif ist“ : „Das kommt für uns nicht in Frage, die NPD erkennt das Gewaltmonopol des Staates und damit dessen Gesetze an“ und weiter: „Wir erstreben zwar die Überwindung der BRD, aber solange sie de facto existiert, werden wir ihre Gesetze befolgen.“

62 So beispielsweise durch das zynische Stoertebeker.net. das zu einem Brandanschlag im Sommer 2002 in Lichtenhagen kommentierte: „Man sollte eigentlich glauben können, dass ähnliche Delikte in der Vergangenheit gezeigt haben, dass ihre Wirkung in der Öffentlichkeit kontraproduktiv ist und in erster Linie jenen schadet, die nationales Gedankengut mit politischen Mitteln durchsetzen wollen ... Was soll man auch von Personen halten, denen nationale Ideen lediglich als Feigenblatt für Sauf Touren und andere Exzesse dienen.“ (Stoertebeker.net, 9.1.2003; mvpresse Nr. 303).

63 So hat das Magazin Panorama Filmaufnahmen von NPD Aktivisten, die auf Gegendemonstranten einprügeln, worauf Ermittlungen der Staatsanwaltschaft eingeleitet wurden (hierzu: taz, 7.1.2005; Berliner Morgenpost, 7.1.2005, in: <http://www.respectabel.de>, Pressespiegel vom 7.1.2005).

64 Zu Thorsten Heise siehe: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Fußnote 1) 2002, S.262f.

65 Für 2003 dokumentiert der Verfassungsschutzbericht 33 Gewalttaten (Innenministerium MV (Fußnote 7) 2004, S. 27). Der Opferverein für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (Lobbi e.V.) berichtet hingegen von 60 Delikten, davon seien 44 mit teils schweren Körperverletzungen registriert worden (Nordkurier, 23.4.2004, in: mvpresse Nr. 330 vom 24.4.2004)

66 Der Verfassungsschutz spricht für 2003 von 45 Opfern rechtsradikaler Gewalttaten. Hiervon seien 16 Opfer Nicht-Deutscher Nationalität. Damit sind bei einem Ausländeranteil von unter 2% (siehe hierzu u.a. Statistisches Bundesamt: <http://www.destatus.de/cdgu-bin/printview.pl>, 15.2.2005) 35% der Opfer rechtsextremer Gewalttaten Ausländer.

4. FAZIT

Die rechtsextreme Szene ist dabei, sich als soziale Bewegung zu konstituieren. In MV spielt vor allem die NPD eine zentrale Rolle. Sie ist als „Bewegungspartei“ die Spinne im Netz und zieht über die unterschiedlichsten Kooperationsstrukturen die Fäden. Das äußere Erscheinungsbild und die Aktivitäten der Rechtsradikalen machen es immer schwerer, diese auf den ersten Blick zu entlarven. Umso notwendiger ist es, sich die Zeit und die Energie zu nehmen, sich mit den Gedanken und Ideen des Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Die Strategie kann nur darin liegen, den Parolen wirkungsvolle demokratische Argumentationen entgegenzusetzen. Es ist an der Zeit, nicht wie das Kaninchen vor der Schlange, rechtsextreme Umtriebe nur zu beobachten und zu beklagen, sondern darüber hinaus, selbstbewusst die Demokratie zu leben und zu verteidigen, die der Rechtsextremismus der Gesellschaft streitig machen will. Nur dieser Weg bietet eine Chance, die weitere Ausbreitung des Rechtsextremismus zu verhindern.

Lagedarstellung zum Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern¹

Michael Flenker

1. Überblick

Der Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern (MV) wird zunehmend durch die neonazistische Kameradschaftsszene geprägt. Die subkulturellen rechtsextremistischen Gruppierungen (Skinheads) haben offenbar an Einfluss verloren. Ausgelöst durch die Wahlerfolge im Jahre 2004 gewinnt die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) innerhalb der rechtsextremistischen Szene wieder an Ansehen. Die anderen rechtsextremistischen Parteien sind weiterhin bedeutungslos. Insgesamt können im Jahre 2004 dem rechtsextremistischen Spektrum im Lande ca. 1.300 Personen (2003: 1.340) zugerechnet werden.

2. Trends

Der Rechtsextremismus unterliegt gegenwärtig einem Wandel, der an folgenden Entwicklungen deutlich gemacht werden kann:

- Die Bedeutung der gewaltbereiten Subkulturen (rechtsextremistische Skinheads) für die Außendarstellung der Szene ist offensichtlich rückläufig.
- Die Neonaziszene organisiert sich in „Kameradschaften“ oder „Bürgerinitiativen“ vorwiegend im kommunalen Raum und bringt sich dabei in aktuelle politische und kulturelle Prozesse ein. Verbunden damit ist eine Ausweitung der Propagandaaktivitäten und der Vernetzungsbemühungen.
- Neonazis und Teile der rechtsextremistischen Parteienszene – hier insbesondere die NPD – üben den Schulterschluss und verstärken ihre Zusammenarbeit.
- Maßgebliche Protagonisten der Neonaziszene treten in die NPD ein.
- NPD und DVU führen wieder Wahlabsprachen durch.
- Rechtsextremistischen Parteien gelingen – insbesondere in Ostdeutschland – beachtliche Wahlerfolge. In diesem Zusammenhang belegen Einzelbeobachtungen ein gestiegenes Interesse der Bürger an den Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen.
- Indizien weisen darauf hin, dass rechtsextremistische Gruppierungen gerade in ländlichen Räumen auf eine gesteigerte soziale Akzeptanz zu stoßen scheinen.
- Insgesamt ist eine deutlichere politische und auf das aktuelle Tagesgeschehen ausgerichtete Vorgehensweise der Szene festzustellen.

1 Stand: Oktober 2004.

3. Einzeldarstellungen

3.1 *Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten/Neonazis*

Die subkulturelle rechtsextremistische Skinheadszene, der in MV 2003 ca. 800 Personen zugerechnet wurden, prägte lange Zeit das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus im Lande. Hier ist ein Wandel eingetreten. Die Gründe hierfür sind:

- ein Rückgang bei den Straftaten, insbesondere sind kaum mehr „spektakuläre“ Gewalttaten zu verzeichnen,
- ein häufiger zu beobachtender Rückzug in den privaten Raum sowie
- eine wachsende Dominanz der ideologisch gefestigten Neonaziszene.

Entsprechend der Lageentwicklung stagniert das Gesamtpotenzial oder ist sogar rückläufig. Gleichwohl lassen sich aktionsinteressierte Skinheads weiterhin für rechtsextremistische Veranstaltungen mobilisieren. Auch die einschlägige Musikszene, auf die im Weiteren noch eingegangen wird, ist nach wie vor von Bedeutung. Die Übergänge zu den neonazistischen Gruppierungen sind fließend.

Im Bereich des Neonazismus – diesem Spektrum gehörten 2003 ca. 290 Personen² an – spielen die „Kameradschaften“ nach wie vor die zentrale Rolle.

Derzeit lassen sich neun aktive „Kameradschaften“ benennen:

- Kameradschaft Ludwigslust,
- Kameradschaft Schwerin,
- Freier Kameradschaftsbund Bad Doberan (FKBD),
- Pommersche Aktionsfront (PAF) – weitgehend personenidentisch mit dem früheren Kameradschaftsbund Insel Usedom (KBU),
- Kameradschaftsbund Anklam (KBA),
- National-Germanische Bruderschaft (NGB) (Landkreis Uecker-Randow),
- Kameradschaft Stralsund,
- Mecklenburger Aktionsfront (MAF) (Landkreis Mecklenburg-Strelitz) und
- Aktionsgruppe Rostock (AGR).

Schwerpunkte liegen weiterhin in Rostock und den Landkreisen Ostvorpommern, Uecker-Randow und Ludwigslust.

2 Die Zahl der Neonazis dürfte 2004 gestiegen sein. Eine zahlenmäßige Größe war bis zur Drucklegung noch nicht bekannt.

Dabei machen zwei wesentliche Tendenzen die Entwicklung der neonazistischen Szene, insbesondere im Osten MVs, im Jahre 2004 aus: einerseits die vielfältigen Propaganda- und sonstigen Aktionen, die eine hohe Motivation belegen und andererseits die fortgesetzten Bemühungen um eine überregionale Vernetzung der verschiedenen „Kameradschaften“ und sonstiger neonazistischer Gruppen.

Darüber hinaus entfaltet sie zu bestimmten Anlässen, wie z.B. Sonnenwendfeiern, dem „Rudolf-Heß-Gedenktag“ oder zum Gedenken an deutsche Opfer des 2. Weltkrieges demonstrative Aktivitäten.

Die „Freien Nationalisten“ haben erneut deutlich gemacht, dass sie – wie bereits im Jahr 2003 – in der Lage sind, Kampagnen zu entwickeln und ihnen Kontinuität zu verleihen. Stand im vorherigen Jahr noch die Kampagne „Opa war in Ordnung“ im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Wehrmachtsausstellung im Vordergrund, so hat das „Nationale und soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM), zuständig für die Koordinierung und Vernetzung der Informationsverbreitung der Neonaziszene vorrangig in MV und Berlin/Brandenburg, bereits zu Beginn des Jahres 2004 die Arbeitsmarktreformen als das Schwerpunktthema für eine Kampagne „Keine Agenda 2010“ gewählt. Hiermit sollen größere Teile der Bevölkerung erreicht werden.

In diesem Zusammenhang wurde eigens eine Internetseite mit entsprechenden Terminen und Demonstrationsberichten eingerichtet. Daneben haben Veranstaltungen gegen die EU-Osterweiterung und gegen den Bau von Asylbewerberheimen in Ueckermünde und Wolgast stattgefunden. An den verschiedenen Demonstrationen beteiligten sich bis zu 350 Neonazis.

Ziel der Neonazis ist es auch, auf das kulturelle Umfeld in der jeweiligen Region Einfluss zu nehmen. Der speziell zu diesem Zweck gegründete „Heimatbund Pommern“ veranstaltet Sportfeste oder Tage der offenen Tür mit Volkstanz. Angesprochen werden insbesondere Jugendliche, an die auch das Propagandaorgan des Heimatbundes „Stimme der Heimat“ verteilt wird.

Abgestellt auf die verschiedenen thematischen Aufhänger sind die Protagonisten der Szene darum bemüht, ihre Ideen so in die Öffentlichkeit zu transportieren, dass der neonazistische Hintergrund und ihre dem „Dritten Reich“ entnommenen Vorstellungen durch fiktive Gruppenbezeichnungen kaschiert werden.³

3 Über eine von einem bekannten Usedomer Rechtsextremisten angemeldete Veranstaltung gegen „Hartz IV“ in Anklam am 11. August 2004 ist z.B. ein Bericht von einer „Initiative für Volksaufklärung“ auf der Internetseite des „Gau Pommern“, der Homepage des regionalen Kameradschaftsbundes „Pommersche Aktionsfront“ (PAF), eingestellt.

Gleichwohl sind Anlehnungen an den Nationalsozialismus unverkennbar.⁴

Bereits 2003 haben Rechtsextremisten diese Tarnstrategie angewandt. So finden sich u.a. in Wolgast und Ueckermünde weiterhin die bekannten „Bürgerinitiativen“ mit dem Namen „Schöner und sicherer wohnen in Wolgast bzw. Ueckermünde“.

Initiatoren sind führende Neonazis der Region, z.B. ein bekanntes Mitglied der neonazistischen „National-Germanischen Bruderschaft“ aus Ueckermünde.

Nahezu alle Propagandazeitungen und Flugblätter können dem sog. „Nationalen Medienverbund“ (NMV) mit Sitz in Wolgast zugerechnet werden⁵. Der NMV fungiert als propagandistisches Instrument des NSAM. Es wird davon ausgegangen, dass die Leitung des NMV weitgehend personenidentisch mit den führenden Personen der PAF ist.

Die aktivsten neonazistischen Kameradschaften im Westteil des Landes unterscheiden sich von den Gruppierungen im Osten vor allem durch eine direkte Steuerung und Beeinflussung von Szeneprotagonisten aus den alten Bundesländern.

Maßgeblich sind hier der ehemalige Vorsitzende der 1995 verbotenen neonazistischen Hamburger Regionalpartei „Nationale Liste“ (NL), Thomas Wulff (Amholz, Landkreis Ludwigslust) und sein damaliger Stellvertreter Christian Worch (Hamburg).

Hierbei verfolgen sie unterschiedliche Ziele:

Christian Worch tritt bundesweit mit vielen kleineren Demonstrationen in Erscheinung, die in der Szene wegen ihrer Abnutzungseffekte umstritten sind. Er lehnt die NPD als Wahlpartei und somit als „Teil des Systems“ ab.

Sein hiesiges Umfeld hat sich mittlerweile verfestigt. So steht er auch hinter der seit Ende 2002 auftretenden „Aktionsgruppe Rostock“ bzw. „Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock“ (AGR).

Thomas Wulff taktiert dagegen mit weniger, aber dafür größeren und wirkungsvolleren Veranstaltungen, wie z.B. am 21. August 2004 in Wunsiedel (Rudolf Heß-Veranstaltung) mit ca. 3.800 Teilnehmern (5.000 bis 7.000 lt. Szeneschätzungen).⁶ Auffällig ist hierbei seine zunehmende Kooperationsbereitschaft mit der NPD, in die er jüngst sogar eingetreten ist.

Interessant sind zudem die Aktivitäten der „Kameradschaft Stralsund“, von der auch die neonazistische Schülerzeitung „Avanti“ herausgegeben wird. Sie hat außerhalb ihres eigentlichen

4 Zu den Arbeitsmarktreformen heißt es: „Nein zur Agenda 2010 – ein neues System bietet neue Möglichkeiten“; es gilt, den „Teufelskreis aus Globalisierungsgefängnis, Zinskapitalismus, Selbsthass“ zu durchbrechen. Einzige Alternative sei ein „gesunder nationaler Sozialismus“.

5 „Der Insel Bote“ auf der Insel Usedom, „Der Fahnenträger – Rundbrief für nationale Sozialisten“, „Stimme der Heimat“ und die „Mitteldeutsche Jugend Zeitung – Zeitschrift für junge Sozialisten aus Mitteldeutschland“ (unregelmäßig).

6 Aus MV haben allein ca. 300 Personen an der Veranstaltung in Wunsiedel im Jahre 2004 teilgenommen. In den Vorjahren lag die Teilnehmerzahl deutlich niedriger.

Aktionsbereiches in Wolgast eine sog. „IG (Interessengemeinschaft) Taten statt Worte“ gegründet, die dort mit Angehörigen der PAF konkurriert. Dies hat in der Vergangenheit bereits zu Parallelveranstaltungen geführt.

So haben am 30. April/1. Mai 2004 in Ahlbeck an der polnischen Grenze verschiedene „Kameradschaften“ gegen die Ausdehnung der EU in Richtung Osten agitiert. Dort protestierten Stralsunder und Wolgaster Rechtsextremisten unabhängig voneinander und zeitgleich mit Angehörigen der PAF gegen die Aufnahme Polens in die EU.

3.1.1 Stand der Gewaltdebatte

Die Gewaltdebatte, wie sie nach der Festnahme des Neonazis Martin Wiese in München in Teilen der Szene stattgefunden hatte, verebbte kurze Zeit nach dem Ereignis. Gleichwohl treten immer wieder – wie jüngst in Brandenburg – Kleingruppen auf, die organisiert Straftaten begehen. Die betreffende Gruppe hatte Brandanschläge auf Dönerstände verübt. Sorge bereitet auch weiterhin, dass bundesweit bei polizeilichen Durchsuchungen in diesem Spektrum immer wieder der Besitz von Waffen und Sprengmitteln festgestellt wird.

Allerdings ist den organisierten und politisch aktiven Neonazis weiterhin nur ein geringes Maß an aktueller Gewaltbereitschaft zuzuschreiben. Sie lehnen terroristische Aktionen als politisch kontraproduktiv ab.

Das aus den 90er-Jahren bekannte konspirative Vorgehen wurde größtenteils abgelegt. Die Szene agiert weitgehend gesetzeskonform, wobei sie vor dem Hintergrund ihrer Kenntnis der Gesetzeslage die Behörden bis an die rechtlichen Grenzen provoziert.

Dennoch muss auch weiterhin mit Gewalttaten einzelner Rechtsextremisten („lone wolf“) oder Kleinstgruppen gerechnet werden.

3.2 Rechtsextremistische Musikszene

Die Skinheadmusik ist weiterhin ein wesentlicher identitätsstiftender Faktor in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene. Die Gewalt verherrlichenden, neonazistischen und rassistischen Texte spiegeln Lebensart und Selbstverständnis der subkulturellen rechtsextremistischen Jugendszene wider. Durch diese Musik werden Jugendliche mit neonazistischem Gedankengut vertraut gemacht und ideologisiert.

Die Zahl der in 2004 (Stand: November 2004) durchgeführten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen könnte im Jahresvergleich zu einem leichten Anstieg gegenüber 2003 führen.

Im Jahr 2003 fanden 15 Musikveranstaltungen, davon elf Skinkonzerte, zwei Liederabende und zwei Partys statt.

Im Jahr 2004 fanden in MV (Stand: November 2004) zwölf Skinkonzerte und vier Skinpartys statt. Im Lande sind gegenwärtig zehn Skinbands namentlich bekannt. Hinzu kommen Bandprojekte, die temporär zusammenarbeiten.

3.2.1 „Projekt Schulhof“

Seit mehr als einem halben Jahr planen deutsche Rechtsextremisten unter der Bezeichnung „Projekt Schulhof“ die kostenlose Verteilung einer CD (50.000 bis 100.000 Stück) – insbesondere vor Schulhöfen – mit Liedern rechtsextremistischer Bands und Liedermachern. Die CD ist nach Bewertung der zuständigen Strafverfolgungsbehörden u.a. wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (gem. § 90a StGB) strafrechtlich relevant.

Zu der geplanten Verteilung ist es bisher nicht gekommen. Allerdings kann zwischenzeitlich eine inhaltlich anders gestaltete CD aus dem Internet heruntergeladen werden.

Darüber hinaus verbreitet die NPD eine CD mit einschlägigem Liedgut. Sie ist nicht strafrechtlich relevant und diene vorrangig als Wahlkampfmittel in Sachsen.

3.3 Rechtsextremistische Kommunikationsmedien

Die Zahl der von Rechtsextremisten aus dem Lande betriebenen Internet-Seiten stagniert bei rund zehn. Oftmals werden diese nur selten aktualisiert und in einigen Fällen nach kurzer Zeit wieder eingestellt.

Mit bis zu vier Millionen Zugriffen pro Jahr (Angaben des maßgeblichen Betreibers) erreicht das rechtsextremistische „Störtebeker-Netz“ aus Stralsund landesweit bei weitem die meisten Internet-Nutzer. Damit ist es eines der bundesweit bedeutsamsten Medien für den Austausch von Informationen im Bereich des Neonazismus. Die Inhalte stellen eine Mischung aus Szenemeldungen, Demonstrationsaufrufen und Kommentaren zum politischen Geschehen dar. Allen gemeinsam ist der zynische und – bisweilen angedeutet, oft offen – fremdenfeindliche und antisemitische Ton.

3.4 Szeneläden/Versandhandel

Szeneutensilien, Bücher, Kleidung und Tonträger bestellen Rechtsextremisten vornehmlich aus in der Szene kursierenden Versandkatalogen oder über das Internet. Eine wichtige Bezugsquelle sind zudem Szeneläden, die es in Anklam, Rostock, Waren und Wismar gibt.

Rechtsextremistische Vertriebsdienste sind in Parchim (BOT-Versand) und Grevesmühlen (TTV-Versand, V7-Versand) ansässig.

4. Rechtsextremistische Parteien⁷

4.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

4.1.1 Strukturen

Die NPD in MV organisiert sich in einen Landesverband und 14 Kreisverbände, von denen jedoch nur vier aktiv sind (Stralsund, Ludwigslust, Ostvorpommern und Waren), vier weitere verfügen zwar über Mitglieder, sind aber weitgehend inaktiv (Greifswald, Rostock, Neubrandenburg und Schwerin). Sechs weitere bestehen vermutlich nur auf dem Papier (Bad Doberan, Güstrow, Wismar, Parchim, Uecker-Randow-Kreis und Demmin).

Diese Strukturschwäche könnte zu einer Neuorganisation des Landesverbandes führen. Die Zahl der NPD-Mitglieder ist erneut zurückgegangen und zählt derzeit ca. 100 Mitglieder.

Die traditionell guten Beziehungen zur Neonazi-Szene in Ludwigslust haben sich weiter verfestigt. Neonazis sind von der NPD zur Wahl aufgestellt und gewählt worden.

Auch in Ostvorpommern scheint sich das kooperative Verhältnis zwischen der NPD und der neonazistischen Kameradschaftsszene um den NPD-Stadtvertreter von Anklam Michael Andrejewski zu stabilisieren.

Das neuerliche Aufeinanderzugehen der „freien Kräfte“ und der NPD folgt einem Bundestrend. Jüngst erst hat der NPD-Bundesvorstand unter dem Motto „Volksfront statt Gruppenegoismus“ zu einer engen Zusammenarbeit aller „Nationalen“ aufgerufen.

⁷ Die Republikaner (REP) und die Deutsche Volksunion (DVU) verfügen über weniger als 30 bzw. 50 Mitglieder und sind weitgehend inaktiv. Gleiches gilt für die Deutsche Partei (DP), der im Lande lediglich einzelne Personen angehören.

4.1.2 Wahlerfolge

Das selbst für den NPD-Landesverband MV unerwartet gute Abschneiden (zehn Mandate) bei der letzten Europa- und Kommunalwahl – die NPD hätte weitere Kandidaten durchbringen können, wenn sie diese aufgestellt hätte – hat nicht nur ihre Akzeptanz in der Kameradschaftsszene gestärkt, sondern könnte auch wieder zu einer Stärkung ihrer Strukturen im Lande führen, vor allem nach dem Wahlerfolg in Sachsen und den für die NPD erfreulichen Wahlergebnissen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen.

Auch in der rechtsextremistischen Szene dürfte registriert worden sein, wie leicht selbst äußerst schwache NPD-Vertreter ein Mandat erringen konnten. So gibt es bundesweit bereits Übertritte aus der Kameradschaftsszene und der Partei „Die Republikaner“ (REP) in die NPD.

4.1.3 Ursachen der Wahlerfolge

Neben den oben beschriebenen Entwicklungen sind die Gründe für den Wahlerfolg der NPD in MV auch in der Aufhebung der Fünfprozentklausel bei den Kommunalwahlen und bei der allgemein schwachen Wahlbeteiligung, die die Kleinstparteien insgesamt aufwertete, zu suchen.

Allerdings hat die NPD zwischenzeitlich auch bei der Themenwahl dazugelernt. Während ihr Protest 2003 noch schwerpunktmäßig gegen den Irakkrieg gerichtet war, bzw. sich häufig mit Themen des 2. Weltkrieges beschäftigte, lag der Schwerpunkt 2004 eindeutig im sozialen Bereich und im Engagement gegen „Hartz IV“.

Daneben nimmt sich die NPD auch aktueller Sorgen der Bürger im engeren kommunalen Bereich an, u.a. bei den Protesten gegen eine geplante Asylunterkunft in Anklam oder im Protest gegen die Schließung der Kinderklinik in Ludwigslust.

Einzelne Vertreter, wie etwa der Stadtvertreter (2004) von Stralsund, Dirk Arendt, zeigen sich sehr engagiert. So organisiert er in der Regel zwei Informationsstände pro Monat vor Einkaufszentren in Stralsund und verteilt Blumen zum Frauentag.

Die Stadtvertreter von Stralsund und Anklam haben sich im August 2004 in Wolgast und Anklam an Veranstaltungen der Kameradschaftsszene gegen „Hartz IV“ beteiligt und Redebeiträge geleistet. An beiden Veranstaltungen beteiligten sich über 100 Zuschauer, die teils reges Interesse zeigten und sich auch auf Diskussionen einließen. Bei dem Informationsstand erhielten Zuschauer die Möglichkeit, selbst am Mikrofon ihren Unmut zu äußern. Das Bevölkerungsinteresse an Veranstaltungen mit NPD-Bezug ist dabei neu, frühere Veranstaltungen der NPD im Lande blieben weitgehend unbeachtet.

4.1.4 Zukunftsprognose

Die Mandatsträger der NPD haben bisher keine offensichtlichen Schwächen gezeigt und scheinen sich in ihren neuen Aufgaben zu engagieren. Sollte es der NPD gelingen, in der Ausübung ihrer Mandate weiterhin zumindest nicht negativ aufzufallen, könnten ihr vor dem Hintergrund der sozialen Situation weitere Sympathien zufließen. Allerdings ist dies auch abhängig von der bereits erwähnten Entwicklung des rechtsextremistischen Lagers insgesamt. Vor diesem Hintergrund ist es gegenwärtig für eine Prognose, ob die NPD bei der nächsten Landtagswahl 2006 in MV ausreichend Stimmen gewinnt, um die Fünfprozenthürde zu überspringen, noch zu früh. In einer Umfrage der Schweriner Volkszeitung zum politischen Klima im Lande (September 2004) kamen die rechtsextremistischen Parteien gemeinsam auf 6% der Stimmen, so dass theoretisch ein entsprechendes Wählerpotenzial vorhanden sein könnte. Würde die NPD in Absprache mit den anderen rechtsextremistischen Parteien allein antreten, könnte sie sicherlich alle entsprechenden Stimmen auf sich vereinigen und in den Landtag einziehen. Da aber 2006 gleichzeitig Bundestagswahlen sind und sich bereits jetzt eine Richtungswahl abzeichnet, könnte es im Zuge einer höheren Wahlbeteiligung wie 1998 auch zu einer erneuten Marginalisierung des rechtsextremistischen Parteienspektrums kommen. Insofern sind die jüngsten Wahlergebnisse eher als Momentaufnahme zu werten.

Rechtsextremismus im kommunalen Nahraum – Situation und Perspektiven für die Gestaltung der Zivilgesellschaft

Dierk Borstel

Die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern (MV), Sachsen und im Saarland haben dem alten Thema Demokratieentwicklung als Ansatz der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Phänomenen neuen Wind gegeben. Dies ist erfreulich. Einen unangenehmen Beigeschmack hat jedoch der inhaltliche Tenor der Debatte. Einige Beispiele:

- In der aufgeregten Debatte um die NPD-Wahlerfolge in Sachsen stehen sich zwei Diskursstränge gegenüber. Die eine Seite verweist auf ein Stammwählerpotenzial für die NPD von angeblich nur 1,5% im Lande. Alle weiteren Stimmen seien als „Protest“ besonders gegen die Politik der Bundesregierung zu deuten. Andere Stimmen verweisen auf eine ideologisch und kulturelle Verankerung rechtsextremer Wertvorstellungen in breiteren Kreisen der Bevölkerung. Der NPD sei es dieses Mal mit einer geschickten Strategie der kulturellen Subversion gelungen, dieses Potenzial in Wählerstimmen umzumünzen. Eine obskure Außenseiterposition nimmt der Bundesinnenminister ein: Er fragt nicht nach den Wählern, sondern verortet die Schuldigen im Bundesverfassungsgericht, die die NPD bekanntlich nicht verboten hat.
- Immer noch umstritten ist der Ansatz der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Phänomenen. Der amtierende sächsische Innenminister will der rechtsextremen Szene mit verstärkter Repression begegnen, wohl wissend, dass dieser Ansatz deutliche Grenzen hat, wenn sich der Rechtsextremismus ohne offene Gewalttaten präsentiert. Andere Stimmen plädieren für die Weiterführung der Ansätze der Förderung der Zivilgesellschaft.

Im Jahr 2000 wählte man sich in der Debatte bereits weiter. Der heutige Diskurs zeigt jedoch, dass auch grundsätzliche Fragen immer wieder neu beantwortet werden müssen.

Bereits 1998 gab es in Deutschland eine breite Mediendebatte über die vermeintlich neue Strategie der kulturellen Subversion von rechtsaußen. Über netzwerkartige Verbindungen wurden Ansätze eines Kulturkampfes gestartet. Stichworte wie die „Nationale Jugendarbeit“, „Kampf um die Köpfe“ oder „National befreite Zonen“ standen stellvertretend für eine Stra-

ategie der rechtsextremen Szene, im kommunalen Alltag ihre Werte zu vermitteln, um so zu einer Hegemonie zu gelangen, die national und sozialistisch geprägt sein sollte. Die rechtsextreme Szene suchte dabei Anschluss an bestehende Normen und Wertvorstellungen. Sie nutzte bewusst staatliche Angebote z.B. offene Jugendclubs für ihre Arbeit und füllte jene Struktur- und Wertevakuums – besonders im ländlichen Raum –, die ihnen die Demokratie ließ. So konnte scheinbar bruchlos an bestehende politische Vorstellungen in Teilen der Gesellschaft – z.B. kollektivistischer Art oder an sozialistische Vorstellungen – angeknüpft werden. Die rechtsextreme Szene versuchte zusätzlich ihre Schwachstelle, nämlich die von vielen Menschen abgelehnte offene Gewalt, durch eine strikte innere Hierarchisierung zu beheben. Über diesen Weg gelang es ihr, vor Ort als angesehene Normalität des Alltags zu erscheinen. Dieser Kulturkampf nach dem theoretischen Modell von Gramsci läuft weiter an. Seine Erfolge sind dabei die Basis der politischen Wählerstimmen. Man kann sagen: Die kulturelle Subversion erreicht in ausgewählten Modellregionen den politischen Raum. Selbst wenn die NPD den Trend rechtsextremer Parteien, sich im Parlament selbst ad absurdum zu führen, fortsetzen sollte, bliebe das sich dahinter versteckende Grundproblem ungelöst.

Im kommunalen Nahraum erweist sich das rechtsextreme Phänomen dabei im schlimmsten Fall als Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren:

- Rechtsextreme Strukturen wie Kameradschaften, Parteien oder sonstige Organisationswelten in Vereins- oder loser Gesellungsform mit z.T. eigener Infrastruktur wie Schulungsheimen, Szeneläden, Kneipen, mittelständischen Betrieben und Konzertsälen.
- Eine in sich differenzierte rechtsextrem-orientierte Jugendkultur, die Mitläufer, Anhänger der Szene, Konsumenten rechtsextremer Jugendangebote und lifestyle-orientierte Mitläufer durch ein Band der ideologischen Sympathie in unterschiedlichen Stärken eint.
- Völkische, rassistische und z.T. auch antisemitische Einstellungswelten in der Erwachsenenwelt, die bewusst oder unbewusst dem Rechtsextremismus tatsächlich in der Mitte der Gesellschaft Entfaltungspotenziale verschaffen.

Diese Faktoren ergänzen sich und tragen sich gegenseitig. Nur im Zusammenspiel sind sie hegemoniefähig.

Diese Entwicklung der rechtsextremen Szenen findet dabei in einer zusätzlich schwierigen sozialen wie auch ökonomisch und kulturellen gesellschaftlichen wie politischen Situation dar. Einige Aspekte sollen kurz skizziert werden:

- Die neue Debatte um den Aufbau Ost führt zu einer Verschärfung eines neuen Ost-West-Konfliktes in Deutschland. In Krisenregionen im Westen ist zunehmend Widerstand gegen ökonomische Transferleistungen in den Osten zu spüren. Es kommt zu gegenseitigen Aufrechnungen. Die Bereitschaft, Ostdeutschland gesondert zu fördern, schwindet angesichts zunehmender Krisenprozesse auch im Westen.
- In der Aufbau Ost Debatte ist zunehmend eine Konzentration der Mittelvergabe auf ökonomische Zentren zu verzeichnen. Solche „Leuchttürme“ sollen auf das ganze Umland ausstrahlen und den ökonomischen Aufschwung herbeibringen. In Regionen wie Leipzig, Dresden, Jena oder Erfurt sind tatsächlich erhebliche Fortschritte unverkennbar. In MV boomen alleine die Touristenregionen wie Rügen oder Usedom. Die Kehrseite dieses einseitigen Ansatzes ist die faktische Aufgabe von Regionalentwicklungen in besonders ländlich geprägten Gegenden, die bereits jetzt von Formen des Aufbaus weit gehend ausgeschlossen sind. Die Menschen in diesen Regionen fühlen sich zunehmend aufgegeben, ihre Hoffnung schwindet wie das sowieso schon begrenzte Vertrauen in die bestehende Demokratie.
- Die soziale Entwicklung in vielen Teilen Ostdeutschland deutet auf sich verstärkende Krisenprozesse hin. Angesichts der ökonomischen Schieflagen ist der Trend der Abwanderung der jüngeren und besser qualifizierten Menschen besonders in den Westen oder auch in östliche Ballungszentren ungebrochen. Hinzu kommt der demographische Faktor, auf dem fussend erste Kommentatoren von einer ostdeutschen Zukunft als „Land der Rechten und Rentner“ sprachen.
- Angesichts der Haushaltsprobleme in Bund, Ländern und Kommunen ist ein Abbau demokratischer Grundstrukturen besonders im ländlichen Raum zu verzeichnen. Dieser Abbau findet Ausdruck in Schulschließungen, der Reduktion im Jugendbereich, Diskussionen um die Sicherung von Kranken- und Sicherheitsversorgung in abgeschiedenen ländlichen Regionen.
- Das Vertrauen in die Demokratie schwindet, was im kommunalen Nahraum deutlich zu spüren ist. Vielerorts macht sich das Fehlen eines Mittelschicht geprägten liberalen Milieus sowie die Schwäche zivilgesellschaftlicher Organisationen als zwei von vielen Säulen demokratischer Kultur bemerkbar. Demokratie wird vieler Orts nur noch mit sozioökonomischen Krisenprozessen und dem Gefühl der Entwertung von Biographien verbunden. Demokratie sei nichts als eine leere und damit verlogene Worthülse, vom Westen im Kolonialstil initiiert und mit der politischen Kultur des Ostens nicht kompatibel. Bemerkenswerter Ausdruck dieser Stimmung war das Verhalten vieler Teil-

nehmerInnen der sog. Hartz-IV-Demonstrationen. Dort gab es auch in MV Applaus von Teilen der Bevölkerung für den Aufruf, das System zu stürzen und durch ein nationales wie soziales, dem „Volke gerechtes“ System, wie es u.a. in Anklam hieß, zu ersetzen.

In vielen Regionen ist die Strategie der rechtsextremen Szene zu beobachten, diese Entwicklungen zu nutzen, in dem politisch motivierte aber konkrete Gegenangebote in ausgesuchten Regionen gestaltet werden. Besondere Beachtung findet der zunehmende Aufbau mittelständischer Betriebe in strukturschwachen Regionen. Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze konkret und nicht fiktiv, beteiligen sich am lokalen Leben durch gezielte Spenden und gewinnen so ein Höchstmaß an kommunaler Achtung und gesellschaftlichem Ansehen. Der Chef der Dachdeckerfirma ist dann sowohl im rechtsextremen Kameradschaftsnetzwerk verwoben, wird aber als derjenige geachtet, der im Jugendclub die Tischtennisplatte und den Fußballern die Trikots gespendet hat, der vor Ort noch Jugendlichen eine berufliche Perspektive bietet und im Auftreten seriös erscheint. Der Rechtsextremismus wird so zur konkreten gesellschaftlichen Alternative in der Kommune und nutzt die Sphäre der Zivilgesellschaft zur Verbreitung seiner Wertvorstellungen.

Der Rechtsextremismus findet dabei nicht nur sozioökonomisch für ihn günstige Gegebenheiten vor. In ländlichen Regionen ist auch das Fortleben historisch bedingter Traditionen noch deutlich zu spüren. Ein kleiner Abriss mag dieses verdeutlichen:

- Das Kaiserreich gilt noch immer als wirkungsvolle Phase zur Stärkung und Etablierung des Autoritarismus. Der immer wieder hervorgehobene „Untertan“ im Sinne von Heinrich Manns Romanvorlage beherrschte das Bücken nach oben und Treten nach unten perfekt. Auffällig ist noch heute in der Alltagskultur die überdimensionierte Position der Autorität z.B. als Schulrektor oder Bürgermeister. Die Tradition des Autoritarismus hat unter einigen Modifizierungen und Abschleifungen an der Moderne das 20. Jh. in erstaunlicher Blüte überlebt. Er steht dabei im Gegensatz zu einem für die Demokratie notwendigen Verständnis der Eigenständigkeit der Personen, der Kritikfähigkeit und auch der demokratischen Kontrolle von „Autoritäten“ wie z.B. gewählten Volksvertretern.
- In der Weimarer Zeit war der ländliche Raum Vorreiter des Nationalsozialismus. Dieses war begünstigt durch autoritär geprägte, nationalistisch definierte und z.T. auch deutlich antisemitisch aufgeladene Guts- und lokale Herrschaftsverhältnisse. Die Demokratie konnte sich nicht real verankern, blieb ein exotischer Fremdkörper.

- Die Zeit des Nationalsozialismus bietet heute sogar für einen Teil der Enkel- und Urenkelgeneration eine Möglichkeit zur positiven Identifikation. Ausdruck findet dieses in der Aussage, dass „Opa kein Mörder“ gewesen sei. In einer vorpommerschen Gemeinde wurde stolz berichtet, dass hier Kinder auch weiterhin nationalsozialistisch erzogen würden und dieses nun immerhin schon durch mehrere Generationen hindurch. Der Nationalsozialismus erscheint in der Alltagssprachwelt als positives Erlebnis, als Zeit des Aufschwungs in der „Deutsche in der Welt noch was galten“ (Aussage eines Rentners in Rostock). Die Kriegsniederlage und die Massenvernichtung werden verdrängt. Fragen der Vertreibung von Deutschen und Aspekte alliierter Kriegsführung (besonders Dresden) jedoch vehement als menschenfeindliches Unrecht geißelt, wobei auf eine historische Herleitung der Ereignisse verzichtet wird.
- Der DDR-Staat wird heute nachträglich verklärt. erinnert wird an positive Errungenschaften besonders im Sozialbereich aber auch in der Sicherheits- und Migrationspolitik. Negative Errungenschaften wie die verschiedenen Freiheitsbeschränkungen, das System der Stasi und deren Folge für Nichtangepasste findet im Taumel der Nostalgie wenig Platz. Ein junger Rechtsextremist erwähnte einmal im Gespräch mit dem Autor, dass die DDR ein besseres System gewesen sei als die BRD. Einziger Fehler wäre ihre internationale Ausrichtung gewesen. Stattdessen sei ein Sozialismus auf nationaler Basis zu fordern.
- Die Wende 1989/1990 bot Raum für Hoffnung und damit auch für Enttäuschung dieser Hoffnung. Statt Wohlstand in Sicherheit entwickelte sich sozialer Absturz gepaart mit einem Gefühl des Verlustes, der Aberkennung der eigenen Biographie und des Absturzes. Die Beweglichen zog es in den wirtschaftlich stärkeren Westen; ein Trend, der bei den bildungsstarken Jungen bis heute anhält. Zunehmend macht sich eine Stimmung bei den 35 bis 60-Jährigen breit, zu einer „verlorenen Generation“ zu gehören. Unklar sei alleine noch, ob es bei dieser einen „verlorenen Generation“ bliebe.

Diese hier angedeuteten Stimmungslagen und Traditionen begünstigen die Schaffung eines lokalen politischen Klimas, in dem demokratische Werte nahezu ausschließlich negativ besetzt sind. Demokratie sei Ausdruck einer verlogenen Fremdbestimmung. Die formalen Strukturen sind gesetzt, ihre werthaltige Ausfüllung blieb jedoch Stückwerk. Gleichzeitig existieren keine allgemein dominanten gesellschaftlichen Gegenentwürfe, um dieses Vakuum der Wertvorstellungen zu füllen. Der Rechtsextremismus ist dabei ein Angebot von mehreren und versucht dieses Defizit zu füllen, in dem es mit der Option des deutschen Reiches einen schein-

baren Gesellschaftsentwurf liefert, was anderen gesellschaftlichen Kräften derzeit nicht gelingt.

Von Seiten vieler Initiativen, die sich am Kampf gegen den Rechtsextremismus beteiligen wollen, wird vor diesem Hintergrund als wirkungsvoller Ansatz der Auseinandersetzung die Stärkung demokratischer, zivilgesellschaftlicher Initiativen in den Kommunen empfohlen. Ziel ist es, die lokale politische Kultur demokratisch zu prägen, um so zu einer Stärkung demokratischer Wertvorstellungen beizutragen. Demokratie soll so attraktiv und konkret gestaltet sein, dass sie attraktiv für jene Kräfte wird, die sich bisher nicht zu ihr hingezogen fühlen. Dem Rechtsextremismus soll damit Raum zur Entfaltung genommen werden.

In den Bundesprogrammen, die im Jahre 2000 des „Aufstands der Anständigen“ ins Leben gerufen wurden, findet dieser Ansatz seinen Widerhall. Unverkennbar war dabei der politische Fortschritt, dass Rechtsextremismus fortan nicht mehr „nur“ als Jugendproblem oder Aufgabe der Repressionsorgane sondern als Problem der politischen Kultur begriffen wurde. Es war somit sicherlich sinnvoll, zunächst eine Strukturinitiative zur Stärkung der Demokratie in der Sphäre der Zivilgesellschaft zu starten. Vielerorts konnten entsprechende Initiativen auf bisher verschwiegene Probleme hinweisen. Opfer rechtsextremer Gewalt bekamen endlich eine professionellere Begleitung. Demokratische Jugendgruppen konnten vielerorts gesondert gefördert werden.

Trotz dieser positiven Ansätze muss die Frage erlaubt sein, ob dieser Ansatz, so richtig wie er ist, auch vollständig ist oder ob er nicht der Modifizierung bzw. der Erweiterung bedarf.

Im Konzeptpapier der Mobilien Beratungsteams zusammen mit den Opferberatungsstellen zum Thema „Entwicklung einer Infrastruktur für Demokratie und die Arbeit gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland“ wird besonders das Programm CIVITAS als „innovativ“ und „erfolgreich“ bezeichnet. Dem Tenor nach bedarf es nur einer Jahrzehnte dauernden Fortführung, um die Zivilgesellschaft aufzubauen und damit den Rechtsextremismus einzudämmen. Abschwächend wird lediglich vor einer „sich ausweitenden sozio-ökonomischen und kulturellen Massendepression“ gewarnt, die auch ein solches Programm „nicht vollständig verhindern“ könne. Wenn aber eben diese „Massendepression“ zu einer dauerhaften Abkehr von demokratischen Grundwerten führt, scheint der Hinweis, dass sie mit dem Ansatz der Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten nicht zu verhindern sei, nicht unwesentlich.

In der Praxis zeigen sich häufig die Grenzen politologischer Wunschphantasien von der Stärke der Zivilgesellschaft. Selbst in Orten mit mittlerweile starken demokratischen Netzwerken finden sich parallele Stränge eines sich wandelnden, aber nicht immer schwächelnden Rechtsextremismus. Die Ursachen dieses Erstarken bleiben häufig analytisch wie praktisch unbe-

rührt. Die wichtige zivilgesellschaftliche Praxis, die unbedingt erhalten und gefördert werden muss, stösst an Grenzen, wenn es um staatliche Strukturprobleme oder grundsätzliche ökonomische wie soziale Entwicklungen geht. Gelegentlich gelingt es ihr, Härten abzumildern. An den grundsätzlichen Punkten, die wie oben skizziert, die Schwäche der Demokratie mit herbeiführen, greifen die Angebote jedoch nicht. Die Folge davon sind eine sich wiederholende Enttäuschung über die vermeintliche Wirkungskraft der Demokratie gepaart mit einer Demoralisierung einzelner örtlicher Engagierter, die sich als in wesentlichen Handlungspunkten paralysierte Feigenblättchen der Demokratie verstehen. Hin und wieder ist auch eine Verschiebung innerhalb von Gemeinden zu beobachten: Tritt das Problem Rechtsextremismus offen in Erscheinung, wird die örtliche Initiative gebeten, es bitte zu beheben, schließlich seien sie zuständig. Angesichts der realen Handlungsoptionen dieser Akteure sind die Erfolgchancen vorab bereits erkennbar...

In den bestehenden Diskursen zu diesen Programmen fehlt bisher der selbstkritische Aspekt. Zu selten wird nach Erfolgskriterien gefragt. Evaluation ist zwar überall willkommen. Gerne wird sich aber im Falle der Kritik hinter dem richtigen Grundsatz versteckt, dass sich der Erfolg dieser Programme nicht wissenschaftlich messen lasse. Wenn dem aber so ist, bedarf es zumindest einer gesteigerten theoretischen Absicherung der Grundideen. Die Probleme liegen dann im Detail. Zu fragen ist z.B. nach

- den Ansätzen interkultureller Pädagogik und was darunter verstanden wird,
- den Erfolgchancen von Symbolpolitiken, wenn sich hinter den Symbolen wenig Gutes verbirgt
- sowie der Nachhaltigkeit von einmaligen Projekten usw.

Es stellt sich somit die Frage nach einer selbstkritischen Analyse und einem eventuellen Ausweitung der Programm-Philosophien sowie einer Verbindung unterschiedlicher Politikbereiche. Ein dauerhafter Erfolg der Demokratiestärkung wird beispielsweise nur gelingen, wenn eine Verbindung zivilgesellschaftlicher Kultur mit Fragen der ökonomischen Perspektivbildung gelingt. Im Bereich XENOS wird dieser Bezug zwar hergestellt, die gewünschte Wirkung jedoch häufig nicht erzielt, weil auch dieser Ansatz zu schwach ist, um Strukturveränderungen herbeizuführen. Gefragt sind deshalb Ansätze der Regionalentwicklung, die Aspekte regionaler Wirtschaftsförderung mit Punkten der Demokratieförderung und dem Ausbau demokratischer Strukturen direkt verbindet. Entsprechende Ansätze müssten dabei auf den jeweiligen regionalen Potenzialen beruhen und dürfen nicht als neue, nicht vor Ort integrierte Sondermaßnahmen gestaltet werden. Trotzdem muss der Einbezug externer Kräfte besonders

auch bezüglich der Demokratiefrage gesichert sein, um Optionen des Austausches und der Entwicklung von Strukturen wie Strategien zu schaffen. Es bedarf somit eines sensiblen Ausgleichs zwischen internen und externen Kräften und einer auf die jeweilige Region abgestimmte Konzeptentwicklung.

Ziel eines solchen Vorhabens ist es, Maßnahmen der ökonomischen wie demokratischen Strukturentwicklung zu koppeln und sie gezielt in Brennpunktregionen besonders auch im ländlichen Raum zu verankern. Sie können streuende Maßnahmen ergänzen und stehen somit zu bestehenden Ansätzen nicht im Widerspruch sondern ergeben sich aus der Praxis regionaler Akteure. Eine Diskussion über solche Fragen der Verbindung ist aus inhaltlicher Sicht dringend notwendig, ergibt aber auch neue politische Optionen auf Bundes- wie Landesebene. Die bestehenden zivilgesellschaftlichen Ansätze könnten nicht mehr als rot-rot-grüne Klientelpolitik abgetan werden, sondern berühren mehrdimensionalen Policy-Bereiche, die auch für die CDU/CSU regierten Länder von Interesse sein dürften. Damit verbunden ist eine notwendige Ausweitung der Demokratiefrage als tatsächliches Querschnittsthema von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit neuen Konstellationen und Koalitionen. Demokratieentwicklung ist dann endlich mehr als die Bekämpfung des Rechtsextremismus. An der Ausgestaltung gilt es zu arbeiten.

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Überblick

Mathias Rautenberg

1. Einleitung

Die folgenden Ausführungen sollen Einsicht über Programme, Projekte und Strukturen geben, die sich der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Erscheinungen von „Rechtsextremismus“ in Mecklenburg-Vorpommern (MV) widmen.

Dieser skizzenhafte Überblick erfolgt aus der Perspektive eines Mitarbeiters der Landeszentrale für politische Bildung (LpB). Zu dessen seit dem Jahre 2000 zählenden Hauptaufgaben gehören die inhaltliche, die organisatorische und – nicht zuletzt – finanzielle Unterstützung von Projekten, die geeignet scheinen, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Intoleranz sowie deren Folgen erkennbar zu machen, für die daraus resultierenden Gefahren zu sensibilisieren und kreative, attraktive Antworten zu entwickeln. Bei der Darstellung der Projekte und Maßnahmen wird bewusst auf Wertungen verzichtet. Diese sind von kompetenter Seite erfolgt bzw. werden vorgenommen und diskutiert. Sie spielten auch in den Diskussionen hier zu Lande eine Rolle.¹

2. Aktivitäten der Landesregierung

Der Landtag hatte sich 1999, bevor der „Aufstand der Anständigen“ im Jahre 2000 für die Bundesrepublik proklamiert wurde, darauf verständigt, dieses Thema zu einer Schwerpunktaufgabe der LpB zu machen und ihrem Haushalt unter dem Titel „Sonderprogramm ‚Pro Zivilcourage – Gegen Extremismus‘“ ab dem Haushaltsjahr 2000 zusätzlich 300.000 DM zu zuführen. Die Entwicklung der Haushaltsansätze bis 2005 (Doppelhaushalt) stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 1: Haushaltsvermerk „Sonderprogramm“ in Titel 03.534.01

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Haushaltsansatz	300.000 DM	300.000 DM	150.000 €	150.000 €	70.000 €	70.000 €

¹ Hierzu: Gudrun Heinrich (Hg), Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Universität Rostock, Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften, 2004.

Die reale Umsetzung wurde dann allerdings auch noch durch Haushaltsvorgaben (Bewirtschaftungserlass = begrenzte Mittelfreigabe, Haushaltssperre u.ä.) beeinflusst.

Die LpB hat dabei in Zusammenarbeit mit einem Stamm von etwa 30 bis 40 Partnern zumeist aus MV (von Kommunen über Institutionen – Schulen, Theater etc. – und Vereinen) jährlich etwa 60 Projekte mit mehr als 100 Veranstaltungen organisiert bzw. sich daran beteiligt. Im Jahr 2004 liegt die Quote bei etwa 40 Projekten.²

Das Angebot umfasst seminaristische Veranstaltungen mit Informationen zu Erscheinungen, Ursachen Wesenszügen von politischem Extremismus und mögliche Formen der Auseinandersetzung, zahlreiche Ausstellungsprojekte, Studienfahrten; hier vielfach mit historisch-politischem Bildungsansatz (Arbeit in und mit Gedenkstätten, Erinnerungsorten), aber auch Theaterprojekte sowie Lesungen und Vorträge sowie die Bereitstellung von Literatur und Materialien.³ Auf einige Beispiele wird im Laufe des Beitrages noch eingegangen.

Diese Angebote der LpB ergänzen den Katalog von Aktivitäten, die von der Landesregierung in diesem Zusammenhang angeregt bzw. unterstützt werden. Hier sei auf den im Jahre 2001 von den Regierungsfractionen vorgelegten „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern“ verwiesen. Presseerklärungen signalisieren – wohl unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen – dass daran weiter gearbeitet werden soll.

Dem Innenministerium MV sind unter dem Gesichtspunkt der Strafverfolgung (MAEX bei den Polizeidirektionen), aber auch mit präventiver Zielstellung in Bezug auf den Rechtsextremismus in MV wichtige Aufgaben zugeordnet. Im präventiven Bereich ist insbesondere der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung MV aktiv, der sich dabei zum einen der Förderung von Präventionsprojekten für Demokratie und Toleranz widmet.⁴

Zum anderen werden Innenministerium bzw. „Landespräventionsrat“ auch durch die Bereitstellung von Handreichungen, die Informationen und Anregungen geben sollen, aktiv:⁵

2 Jahresberichte der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern 2001ff. an das Kuratorium.

3 Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.), Literaturangebot 2004/05, Schwerin 2004.

4 So wurden im Jahre 2003 von dort 40 Projekte mit 88.000 € gefördert. Das Spektrum der geförderten Projekte skizziert die Broschüre „So geht’s“ beispielhaft (Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.), So geht’s. Schlaglichter und Empfehlungen aus der Präventionsarbeit für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern. Impulse. Informationsblatt für kommunale Kriminalprävention, November 2003).

5 Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.), Kritisch integrieren. Zum Umgang mit rechtsextremistischen Jugendgruppen und zu den Möglichkeiten der präventiven Arbeit in der Kommune. Empfehlungen der Arbeitsgruppe Extremismus. Impulse. Informationsblatt für kommunale Kriminalprävention, Mai 2000 (Überarbeitung in Vorbereitung); Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hg.), Was tun! Gegen Rechtsextremismus, Schwerin 2002; Dass. (Hg.), Skinheads, Schwerin 2003.

Die Anleitung kommunaler Präventionsräte, die ihrerseits die (Netzwerk-) Arbeit anleiten bzw. unterstützen, gehört ebenfalls zu dessen Aufgaben. Dem Greifswalder Präventionsrat beispielsweise scheint es dabei „nachhaltig“ gelungen zu sein, Vertreter kommunaler und anderer Institutionen, freier Träger und BürgerInnen zum kontinuierlichen Austausch über dieses Thema an einen Tisch zu bringen – und zu halten und gemeinsame Aktivitäten auf den Weg zu bringen, wie im Jahre 2004 einen Schülerwettbewerb „Greifswald im Nationalsozialismus“ – eine Initiative, die im Übrigen wie der Schülerwettbewerb der Landeshauptstadt Schwerin (in Erinnerung an die Ermordung von Marianne Grunthal am 2. Mai 1945 durch SS-Leute wenige Stunden vor dem Einzug amerikanischer Truppen) auch durch die LpB unterstützt wird.⁶

Ein weiteres Beispiel für eine erfolgreiche Arbeit ist die Arbeit des Präventionsrates des Landkreises Ludwigslust, der ein Netzwerk aufgebaut hat, dass sich bei der Realisierung eines sehr anspruchsvollen Projektes, einer Ausstellung unter dem Titel „Labyrinth X – eine Ausstellung zu Rassismus und Ausgrenzung in unserer Zeit“⁷ bewährt hat. Diese Ausstellung, an der die LpB ebenfalls als Kooperationspartnerin mitgewirkt hat, wurde am 16.11.2004 erstmals öffentlich in Ludwigslust präsentiert und steht auch anderen Interessenten im Land und darüber hinaus leihweise zur Verfügung.

In den Jahren 2000/2001 hat die Bundesregierung, exekutiert von den Bundesministerien für Familien, Frauen, Senioren und Jugend sowie für Arbeit und Wirtschaft unter dem Titel „Aktiv gegen Hass. Jugend für Toleranz und Demokratie. Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ein Aktionsprogramm mit den Teilen „entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“⁸, XENOS und Civitas ins Leben gerufen.

Im Rahmen des Programmteils „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“⁹ speisten sich in MV seit 2001 bis Ende 2004 zwölf Projekte, die die Behandlung des Themas in die Arbeitswelt bzw. in die Berufsausbildung junger Erwachsener tragen sollen.

2002 nach dem Anlaufen der ersten XENOS-Projekte gelang es mit Unterstützung durch den Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung MV und das Landesinstitut für Schule und Ausbildung (L.I.S.A. – Kooperationspartner des XENOS-Projektes am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock) die Kommunikation unter den Projektträ-

6 „1945. Befreiung, Zusammenbruch, Neuanfang“, Schülerwettbewerb 2004/05 der LpB MV.

7 Kontakt über Zentrum für Bildung, Erziehung und Freizeit (Zebef) e.V. Ludwigslust, Alexandrinenplatz 1, 19288 Ludwigslust, Tel.: 03874/571800.

8 Hier partizipiert MV im Vergleich zu den anderen Bundesländern aber auch im Vergleich zu den anderen Programmteilen kaum (<http://www.entimon.de>, 15.2.2005).

9 Einzusehen unter: <http://www.xenos-de.de> (15.2.2005).

gern durch die Schaffung eines „Netzwerkes XENOS MV“¹⁰ zu institutionalisieren. Hierbei wurden aber auch die Grenzen der allseits angestrebten Netzwerkarbeit deutlich, die vielfach erreicht sind, wenn keine praktischen Arbeitszusammenhänge (mehr) hergestellt werden können oder keine vergleichbaren/gemeinsamen Interessen (wie etwa die der Abhängigkeit von einem Zuwendungsgeber) mehr existieren. Mit dem Auslaufen der ersten Projekte schloß auch die Kommunikation ein.

Aus Mitteln des Programmteils CIVITAS¹¹ finanzieren sich in MV unterschiedliche Projekte: Dies sind zum einen die „Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur“ mit Regionalstellen in Rostock in der Verantwortung der Evangelischen Akademie MV sowie in Waren, Schwerin und Greifswald in der Verantwortung der Regionalen Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) MV. Darüber hinaus gehören zu diesem Programmteil die sog. „Netzwerkstellen“ in Schwerin, Wismar, Bad Sülze, Greifswald und Anklam. Zu dem Programmteil gehört weiterhin die AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus mit der „Stiftung Demokratische Jugend“ und das „Anne-Frank-Zentrum“, Berlin¹², „Gegen das Vergessen – Für Demokratie e.V.“ und die „Amadeu-Antonio-Stiftung“¹³, sowie das Zentrum Demokratische Kultur Berlin, die auch programmbegleitend tätig sind. Zu den aus dem Programm finanzierten Aktivitäten in MV gehört weiterhin die Beratung von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten durch den Verein LOBBI e.V., der drei regionale Beratungsstellen in Rostock, Wismar und Neubrandenburg unterhält. Insgesamt zielt der Programmteil CIVITAS auf die Förderung von Projekten zur Stärkung demokratischer Strukturen ab, was zwischen 2001 und 2004 einen Projektboom mit jeweils bis zu 40 zusätzlichen Projekten zur Folge hatte. Als Beispiel seien hier nur erwähnt das Ausstellungsprojekt der Geschichtswerkstatt Rostock e.V. „Zwangsarbeit im Ostseeraum 1939-45“¹⁴ in dessen Rahmen sich Projektgruppen aus Schulen in Rostock, Schwerin, Wismar, Barth, Gelbensande, Neubrandenburg und Niepars dem Thema in Bezug auf ihre Region genähert und eigenständige Beiträge zu dieser Ausstellung erarbeitet haben. Befördert wurde dieses Projekt durch die im Jahre 2000 verstärkte Diskussion über die „Entschädigung“ der heute noch lebenden, während des Zweiten Weltkrieges zu Zwangsarbeit nach Deutschland Deportierten.

10 Einzusehen unter: <http://www.netzwerk-xenos-mv.de> (16.2.2005).

11 Näheres unter: <http://www.jugendstiftung-civitas.org> (1.2.2005).

12 Zwischen 2000 und 2003 unterstützte die LpB die Präsentation der Ausstellung „Anne Frank – Eine Geschichte für heute“ an zehn Orten in MV.

13 Die Stiftung hat ebenfalls einzelne Projekte in MV gefördert und engagiert sich besonders bei der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus.

14 Einzusehen unter: <http://www.geschichtswerkstatt@buergerhaus-rostock.de> (1.2.2005).

Ohne die jährlich sechs- bzw. siebenstelligen Fördersummen, die aus dem CIVITAS-Programm nach MV flossen, wären diese Projekte vom Land nicht zu initiieren, geschweige denn zu unterhalten gewesen.

Das machte aber auch die Problematik bzw. – für die Arbeit der Träger – die Dramatik aus, vor dem Hintergrund der angekündigten Rückführung dieser Förderungen durch den Bund. Mit einem Kraftakt gelang es die erforderliche Kofinanzierung für die Beratungsteams und Netzwerkstellen in Höhe von 150.000€ im Haushalt des Sozialministeriums für 2004 und 2005 zu verankern. In der Regel eher „zufällig“ sind diese CIVITAS-Projekte durch Landesförderungen unterstützt worden.

Einen wichtigen Gesichtspunkt der Diskussionen um diese Programme und Projekte stellte – und das sollte auch zukünftig so sein – die Vernetzung der verschiedenen Programme durch Kommunikation der Projektträger und Förderer in gemeinsamen Veranstaltungen dar. 2002 und 2003 fand jeweils eine Konferenz statt, die – ausgerichtet vom Stadtjugendring Schwerin bzw. dem Landesjugendring MV – die in den vorgenannten Programmen agierenden Projektträger in mehrtägigen Diskussionsforen vereinte.¹⁵

3. Weitere Projekte und Initiativen

Ergänzt werden alle diese Aktivitäten durch die Suche von Kommunen, Institutionen, Vereinen, Initiativen, nach eigenen Wegen, die meist an eigenen Interessen, Möglichkeiten oder Problemen orientiert sind.

Beispielhaft hierfür ist auf die vom Volkshochschulverband MV und vom „institut für neue medien Rostock“ in Kooperation mit der LpB MV im Rahmen eines EU-Projektes erarbeitete virtuelle Lernumgebung „Mit Konflikten leben“¹⁶ zu verweisen oder auf die von der Bürgerinitiative „Bunt statt braun“ Rostock erarbeitete Wanderausstellung „Trauma einer Stadt. Eine Ausstellung über Menschen, Ansichten und Gesetze. Rostock-Lichtenhagen – ein Jahrzehnt danach“ mit umfangreichem Begleitmaterial. Die Nutzungsmöglichkeiten für die Begleitmaterialien werden von der Bürgerinitiative und der LpB MV interessierten, pädagogisch tätigen Menschen in Einführungsveranstaltungen vorgestellt.

Daneben soll das Programm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung „Demokratie lernen und leben“ nicht unerwähnt bleiben, bei dem in der gemeinsamen Verantwortung von dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

15 Stadtjugendring Schwerin (Hg.), Rechtsextremismus als Herausforderung für Mecklenburg-Vorpommern. Dokumentation der Fachkonferenz der CIVITAS- und XENOS-Projekte in Mecklenburg-Vorpommern, 9./10. Dezember 2002 in der Landeshauptstadt Schwerin, Schwerin 2003.

16 Einzusehen unter: <http://www.mit-konflikten-leben.org> (20.1.2005).

MV, der RAA MV sowie der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburgs in drei sog. Sets, Schulen in Hagenow, Bergen und Karlshagen sich mit ihrer „Gemeinde in Zeiten von Diktaturen“ befassen und Berufliche Schulen in Rostock und Neustrelitz sich mit „Facetten schulischer Demokratieentwicklung“ auseinandersetzen. Ergänzt wird dieses Paket durch die Angebote zur „ethischen Orientierung“ für unterschiedliche Altersgruppen (von Kindern bis zu Eltern) unter der Anleitung durch die Evangelisch-lutherische Landeskirche Mecklenburgs.

Am 5. November 2004 fand im Schweriner Schloss eine große Präsentation von 92 Projekten aus MV statt, die im Rahmen des ebenfalls vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend initiierten Programms für die östlichen Bundesländer „wir ... hier und jetzt“, dass die Identifikation Jugendlicher mit ihren Heimatregionen fördern soll, realisiert wurden.

4. Fazit

Unter quantitativen Gesichtspunkten kann von einem temporär breiten Projektangebot gesprochen werden, das allerdings – vielleicht mit Ozonlöchern vergleichbar – dünne Stellen in verschiedenen Landkreisen, insbesondere in den Landkreisen Demmin, Uecker-Randow aufweist. Der LpB ist aufgegeben, sich für die Weiterentwicklung ihrer Arbeit an diesem Thema für 2005 und darüber hinaus Gedanken zu machen. Dazu wird die Diskussion mit den Bildungsträgern im Land gesucht werden.

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

- Heft 1** Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien
(Jürgen Rüländ, 1994)
- Heft 2** Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien
(Christian Wagner, 1995)
- Heft 3** Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. - 2.7.1995 in Rostock
(Peter Birle / Nikolaus Werz, 1995)
- Heft 4** Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
(Jost Bandelin / Gerald Braun / Jürgen Rüländ, 1995)
- Heft 5** The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?
(Jürgen Rüländ, 1996)
- Heft 6** Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern
(Nikolaus Werz / Jochen Schmidt, 1996)
- Heft 7** Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien
(Christian Wagner, 1997)
- Heft 8** Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern
(Conchita Hübner, 1997)
- Heft 9** Canada's Asia Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit 1997
(Martina Zellmer-Bjick, 1997)
- Heft 10** Vom Feindbild zur Armee der Einheit - Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten
(Falko Brinner / Michael Storck, 1998)
- Heft 11** Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern
(Johann-Friedrich Engel, 1999)
- Heft 12** Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela
(Friedrich Welsch / Nikolaus Werz, 1999)
- Heft 13** Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand
(Yves Bizeul / Matthias Schulz, 2000)
- Heft 14** Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990
(Conchita Hübner-Oberndörfer, 2001)
- Heft 15** Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern
(Nikolaus Werz u.a., 2001)

- Heft 16** Peripherer ländlicher Raum, zum Beispiel der Landkreis Demmin
(Dieter Schröder u.a., 2002)
- Heft 17** 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften: Ehrenpromotion
von Prof. Dr. Dieter Schröder (Yves Bizeul u.a., 2002)
- Heft 18** Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus,
Fremdenfeindlichkeit und Gewalt (Gudrun Heinrich / Nikolaus Werz, 2003)
- Heft 19** Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus
(Gudrun Heinrich, 2004)
- Heft 20** Jugend und Politik – Verdrossenheit? (Gudrun Heinrich, 2004)
- Heft 21** Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern.
Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte
(Hans Jörg Hennecke, 2004)
- Heft 22** Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2004
(Steffen Schoon u.a., 2004)
- Heft 23** Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis
1995 (Dörte Ahrendt-Völschow, 2004)
- Heft 24** Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen
und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen
Bundesländer (Nikolaus Werz u.a., 2005)

Die Institutsreihe im Internet:

<http://www.wiwi.uni-rostock.de/~polreg/content/institutsreihe.htm>